



blz febr./märz 2002

Titelfoto: C.v.Polentz/transit

Übrigens...

ewählt wurde ein neuer Senat. Klaus Böger ist auch wieder dabei und hat jetzt den Titel Bildungssenator. Mal sehen, ob dieser neue Start besser wird als der letzte: Gegen Betrögerei sind wir weiterhin aktiv. Die Redaktion wird den Bildungssenator nach seinen bildungspolitischen Vorhaben für die nächsten Jahre fragen.

Erste Bewertungen der Koalitionsvereinbarung von PDS und SPD bringen wir in dieser Ausgabe als Titel. Entgegen allen Versprechungen und nach dem PISA-Schock ist der Bildungsbereich doch wieder massiv von Kürzungen betroffen. Die GEW BERLIN, die Eltern, SchülerInnen und StudentInnen werden im Bündnis für Bildung wieder Dampf machen müssen. Erneut will man Stellen streichen und die Älteren dafür länger arbeiten lassen. Und dann noch der Griff in die Geldbörse: Acht Prozent sollen in einem Sozialpakt verschwinden. Und was machen die Bankrotteure der Berliner Bank?

War gut, der Schwerpunkthemenüberblick der blz in der Januarausgabe auf Seite 23, an den wir noch einmal erinnern wollen. Redaktionsschluss ist in der Regel vier Wochen vorher. Auch der Versuch mit einem für unser Blatt ungewöhnlich ausführlichen Beitrag die Bildungsfinanzierung in Deutschland zu durchleuchten fand Zustimmung. Danke. Wir bitten weiterhin um Lob und Kritik.

pit

Impressum

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monaflich [10 Ausgaben] als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 35,- DM bzw. 18 Ò ab 1.1.02 (inkl. Versand).

Redaktion:

Pit Rulff (verantworllich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Beate Frilling, Bettina Liedtke, Anja Kathrin Schultz, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Günter Langer

Redaktionsanschrift: Ahornstr. 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax. -49, e-mail: blz@gew-berlin.de Anzeigen und Verlag:

GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 7 vom 1.10.00

bleifrei Texte + Grafik, Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 3, 10587 Berlin
Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden
nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen
Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail
einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

ISSN 0944-3207

Inhalt

	Standpunkt/Leute	3
	kurz und bündig	4
	Post an die blz	5
titelthema		
Thöne/Haase/Kleff/Segelke	Soziale Schieflage	6
schwerpunkt		
	Pisa und die Chancengleichheit	10
Thomas Isensee	"Was bleibet aber stiften die Dichter"	11
Wolfgang Gehlen	Dahinter steckt ein kluger Kopf	_12
Christiane Weißhoff	Chancen zur Veränderung	14
	Die zweite deutsche Bildungskatastrophe	
R. Stetten/H. Schreyer	Stolz auf die Ungleichheit	16
schule		
	Vom Traumjob als LehrerIn zum Alptraum	18
•	Mehr Gerechtigkeit im Bildungswesen	20
•		
recht & tarif		22
	Sichere Arbeitsplätze beim Lette-Verein	
Heidemarie Kralle	Schmerzensgeld bei Mobbing	_22
gewerkschaft		
N.N	Termine der Wahlversammlungen	23
glosse		
•	Der heimliche Herrscher	24
hochschule		
	denn sie wissen nicht, was sie tun!	25
•		27
	Erfolg für die GEW BERLIN	∠/
t e n d e n z e n		
	LER – ein guter Kompromiss aus Karlruhe?	
Brunhilde Grundmann	Diskriminierung von pazifistischen KollegInnen	.29
service		
Johannes Rumpf	Newenas weite Reise	30
Renate Breitig	TUSCH-Produktionen auf Berliner Bühnen	30
	Theater and Schule, Forthildung, Materialien	31

Redaktionsschluss 04/2002: 1. März 2002 • Thema: Schule und Bildung im Osten
Redaktionsschluss 05/2002: 5. April 2002 • Thema: Neue Selbstständigkeit von Bildungseinrichtungen
Die nächsten Sitzungen der Redaktion: 7. März/ 14. März und 11. April jeweils um 18 Uhr
in der Ahornstraße 5, unter dem Dach in Zimmer 47. Gäste sind erwünscht.

So nicht, Herr Strieder!

ist auch kein Zufall, dass die SPD gewählt wird, wenn gespart werden muss. Uns trauen sie zu, dass es dabei wenigstens so gerecht wie möglich zugeht." So weit, so gut, Herr Strieder. Was dann aber in der Koalitionsvereinbarung festgehalten wird, ist die glatte Verhöhnung. Wer nicht an die enorm angewachsenen Gewinneinkünfte und Vermögen herangeht, wer z.B. die Herren Rupf, Landowsky und ande-

re nicht in angemessener Weise an der Finanzierung der von

ihnen hervorgerufenen Bankenkrise beteiligt, begeht als Sozialdemokrat Wortbruch. Die Berliner Haushaltskrise ist enorm. Sie allein durch weitere kräftige Einschnitte im Ausgabenbereich bewältigen zu wollen, hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun. Während die Steuern für ArbeitnehmerInnen von 16,4 Prozent (1991) auf 19,4 Prozent im Jahre 2000 stiegen, sanken die Steuern auf Gewinne und Vermögen von 7,3 auf 6,7 Prozent!

Berlin ist ein Sanierungsfall. Auch andere Kommunen stehen vor einer Krise. Sozial wäre es, Gewinne und Vermögen - nach über 25 Jahren ständiger Entlastung – stärker an den Kosten der Gemeinschaft zu beteiligen.

"Die wichtigste Aufgabe der sozialdemokratischen Politik in Berlin ist die Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Eine Gesellschaft, die 16 Prozent Arbeitslosigkeit hinnimmt, ist keine gerechte Gesellschaft." Hier hat Peter Strieder Recht! Aber die Koalitionsvereinbarung sieht die Streichung von mindestens 15.000 weiteren Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst vor. Damit bleibt der öffentliche Arbeitgeber der Arbeitsplatzvernichter Nummer 1 in Berlin. Die Arbeitslosigkeit wollen die Sozialdemokraten dadurch

Die Menschen wissen, dass bekämpfen, dass sie künftig die Kassen leer sind. Es möglichen Investoren "den roten Teppich ausrollen". Was hat die CDU denn anderes getan? Als ob die langanhaltende hohe Arbeitslosigkeit Folge eines unfreundlichen Umgangs mit "Investoren" (Unternehmern) sei. Willy Brandt hätte sich geschämt, wenn eine solche Analyse im Namen der SPD verkündet worden wäre.

> Peter Strieder zur Bildungspolitik: "Seit über zwei Jahren haben wir (H.d.V.) die Bil-

standpunkt



Ulrich Thöne ist Vorsitzender der GEW BERLIN

dungspolitik zum Thema in

der Stadt gemacht. Bildung

hat Priorität, haben wir im

Wahlkampf versprochen, und wir haben das Versprechen eingelöst." Nicht ein Wort zu den massiven Protesten. Im Gegenteil, der aktuelle Protest des Benjamin-Franklin-Klinikums wird als Ausdruck separater eigennütziger Interessen diffamiert, dem geschlossen standzuhalten zum Gradmesser für richtungsweisende soziale Politik gemacht wird. Ein Umdenken ist notwendig. Dafür sollten wir mit Ruhe und Ausdauer uns aktiv engagieren. Wir können auch zuversichtlich sein, denn immerhin fast zwei Drittel der Berliner WählerInnen haben dem "Bürgerblock" von Landowsky und Rexrodt eine Absage erteilt und soziale Gerechtigkeit und Priorität für

Bildung gewählt.

Ulrich Thöne

Ulrich Thöne ist nach seinem schweren Kletter-Unfall Ende September wieder an die Arbeit gegangen – gerade rechtzeitig zum Antritt der rotroten Koalition. Zwar muss er noch eine Weile Gymnastikübungen machen, damit sich noch vorhandene Bewegungseinschränkungen auflösen, aber Ulrich nimmt's gelassen: "Ich bin 50 Jahre alt und da hat man eben einige Wehwehchen", äußerte er gegenüber der Berliner Zeitung.

Marlies Emmerich von der Berliner Zeitung hat die GEW BERLIN als Dienstleistungs-Muffel entlarvt. Zwischen Weihnachten und Neujahr habe sie nur den Anrufbeantworter der GEW erreicht, der ihr lapidar mitteilte, dass die GEW-Geschäftsstelle bis zum 2. Januar geschlossen sei ohne jede Begründung! Wir liefern sie hiermit nach: alle Beschäftigten hatten Urlaub. Wir bedauern natürlich, dass Journalisten die arbeitnehmerfreundliche Lage der Feiertage nicht ebenso ausnützen können.

Klaus Böger, alter und neuer SPD-Schulsenator stellte seine profunden Kenntnisse des Arbeitsplatzes Schule und sein Selbstverständnis als oberster Dienstherr aller Berliner Lehrerinnen und Lehrer unter Beweis, als er kürzlich die Altersermäßigung für Lehrkräfte ab 55 als "Trottelrabatt" bezeichnete.

Ludger Pieper wird bald seinen Posten als Leiter des Landesschulamtes los, denn nach dem Willen des rot-roten Senats soll diese unerquickliche Behörde nach nur sechsjährigem Bestehen aufgelöst werden. Dem Amt weint wohl keine Lehrkraft eine Träne nach. Denn auch Ludger Pieper hat es in seiner Amtszeit nicht geschafft, die Akzeptanz dieser Behörde zu erhöhen. Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen hört man, dass Pieper nach seiner schwachen Vorstellung als LSA-Leiter eine im Vergleich zu seiner jetzigen Besoldung

höher dotierte Stelle in der Senatsschulverwaltung bekommen soll.

Carl-Heinz Evers hat am 23. Januar seinen 80. Geburtstag gefeiert. Wir gratulieren! Carl-Heinz Evers war von 1963 bis 1970 Senator für Schulwesen in Berlin und gilt als Vater der Berliner Gesamtschule. Er trat 1970 als Schulsenator wegen des seiner Meinung nach zu geringen Bildungsetats zurück. Evers war Professor für Pädagogik an der Technischen Universität Berlin und ist bis heute aktiv, unter anderem im Beirat der Humanistischen Union und im Beirat der Zeitschrift "Pädagogik".

Ramona Pop ist Abgeordnete von Bündnis90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus und mit ihren 24 Jahren die Jüngste. Die gebürtige Rumänin bezeichnet sich als Feministin und sieht sich als "seltenes Exemplar" ihrer Generation: "Junge Frauen denken, dass sie schon total gleichberechtigt sind. Das ist ein Irrtum", äußerte sie gegenüber der Berliner Zeitung.

Brigitte Grunert und Susanne **Vieth-Entus** vom Tagesspiegel sind sehr besorgt über "Demokratiedefizite" an einigen Schulen. In einem Interview mit dem neuen/alten Bildungssenator Klaus Böger regten sie an, für eine Zeit alle LehrerInnen für Politische Weltkunde und Geschichte zwischen Ost und West auszutauschen. Böger lehnte ab, weil das Dienstrecht der Lehrer Versetzungen aus solchen Gründen nicht her gebe. Was er nicht sagte: dass es auch ein völliger pädagogischer Unsinn wäre - und außerdem Panikmache. Vielleicht sollte man, zumindest für einige Zeit, alle Lokalredakteure von Tagesspiegel und Potsdamer Neueste Nachrichten austauschen?

febr./märz 2002 kurz & bündig



Etwas an den Rand gedrängt wurde die GEW BERLIN bei ihren Protesten gegen die Koalitionsvereinbarung bei den Parteitagen von SPD und PDS. Demonstranten gegen den Ausbau des Flughafen Schönefeld und gegen die Umwandlung des Universitäts-Klinikums Benjamin Franklin in ein Bezirkskrankenhaus waren klar in der Mehrheit. Foto: C.v.Polentz/transit

Sparen beim Kindertheater

Das carrousel-Theater an der Parkage muss weiter Personal abbauen. Ende Oktober verordnete die Kulturverwaltung Sparauflagen, die einen Abbau des Personals von bislang 122 Stellen auf weniger als 90 vorsehen. Die Beschäftigentenzahl des traditionsreichen ehemaligen "Theater der Freundschaft" ist seit der Wende schon um die Hälfte geschrumpft. Mit bis zu drei Vorstellungen täglich erreicht das Theater jährlich 100 000 ZuschauerInnen. Die Gewerkschaft ver.di kritisierte die erneuten Sparmaßnahmen als inakzeptabel: "Wohin gehen die Kinder und Jugendlichen, wenn sie nicht mehr ins Theater kommen? Wer und was beflügelt ihre Fantasie?"

Senatsverwaltung für **Bildung**

Der Senator bleibt der alte, aber der Name der Senatsverwaltung wird geändert. Statt Senatsverwaltung für Jugend, Schule und Sport heißt es jetzt knapp Senatsverwaltung für Bildung. Bündnis90/Die Grünen befürchten, dass nicht nur der Name geändert wurde: "Nachdem das Ressort 'Familie' bereits 1995 aus dem Namen der zuständigen Senatsverwaltung getilgt wurde, verschwindet unter Rot-Rot

nun auch das Ressort Jugend. Damit steht zu befürchten aus den Augen aus dem Sinn schaftlerinnen Svendy Wittdass die bereits in der Vergangenheit vom zuständigen ,Schulsenator' Böger vernachlässigten Bereiche Jugend und Familie als eigenständige Politikfelder im zukünftigen notwendig, um sich gegen Brücke) und Ernst-Reuter-

Senat keine Rolle mehr spielen", heißt es in der von Elfi Jantzen und Ramona Pop herausgegebenen Presseerklärung von Bündnis90/ Die Grünen.

Auch Mädchen gewalttätig

Mädchen sind keineswegs die passiven Mitglieder in den Cliquen, die die Gewalt der Jun-

gen mehr notgedrungen tolerieren, fanden die Wissenmann und Kirsten Bruhns vom Deutschen Jugendinstitut heraus: Weibliche Mitglieder von Cliquen befürworten Gewalt und halten Prügeleien für

Angriffe oder vermeintliche Verleumdungen zur Wehr zu setzen. Wittmann und Bruhns warnen davor, in den Gewalttätigkeiten von Mädchen nur "ohnmächtige Reaktionen auf erfahrene Diskriminierung zu sehen. Das aggressive Verhalten sei eine selbstgewählte Handlungsstrategie und Teil eines Weiblichkeitsbildes, das die traditionelle Rolle der Frau in Frage stelle", heißt es in dem Bericht der Frankfurter Rundschau.

100 Jahre U-Bahn in Berlin

Vor hundert Jahren, am 15. Februar 1902, ist mit einer Sonderfahrt mit zahlreichen Prominenten die erste U-Bahn-Strecke in Berlin eröffnet worden. Sie ging über sechs Kilometer vom Potsdamer Platz über Gleisdreieck und dann über Streckenabschnitte zum Zoo und zum Stralauer Tor. Der reguläre Fahrbetrieb wurde dann am 18. Februar aufgenommen. Im selben Jahr wurde auch die U-Bahnstrecke zwischen Warschauer Straße (damals Warschauer

Bundespräsident Johannes Rau in seiner bildungspolitischen Grundsatzrede am 10. Januar in Berlin (Auszug):

In Deutschland kommen im Elementarbereich auf jede Lehrkraft rund vierundzwanzig Kinder; nur in Korea und Mexiko sind es noch mehr. Das muss sich dringend ändern. Je kleiner die Kinder, desto größer die Klasse: Diese Faustregel ist falsch und schädlich und darf nicht länger gelten.

Kinder, die in einen Kindergarten, in eine Kindertagesstätte oder in die Grundschule kommen, sind neugierig und wollen etwas lernen. Sie können es noch besonders gut. Ich wünschte mir, dass alle politisch Verantwortlichen sich von der Neugier und von der Lernfreude der Kinder anstecken ließen.

Wir sollten uns freilich davor hüten, jetzt mit Hinweis auf die drohenden Gefahren für den "Standort Deutschland" den Kindergarten und die Grundschule zur Berufsschule oder zum Gymnasium für Kleinkinder umzukrempeln. Gewiss, es geht auch darum, die Neugier von Kindern für naturwissenschaftliche und technische Fragen zu fördern und zu nutzen, aber die Betonung muss doch eher auf "fördern" liegen als auf "nutzen".

Bildung ist immer langfristig angelegt. Sie braucht Zeit. Man muss sich diese Zeit auch nehmen und geben. Für Bildung am Beginn des Lebens gilt das ganz besonders. Hier geht es um die Vermittlung der Grundfertigkeiten, um Lesen, Schreiben, Rechnen, um all das, was man braucht, damit man die späteren Bildungsangebote optimal nutzen kann. Vor allem geht es aber darum, die Lust am Lernen zu fördern.

All das hat sehr viel mit Teilhabe zu tun: Die Kindergärten, die Kindertagesstätten und die Grundschulen sind ja nicht nur die Tore zum Bildungswesen, sie sind auch die Tore zu unserer Gesellschaft, zu Selbstentfaltung und Gemeinschaftsfähigkeit, zu beruflichem Erfolg und staatsbürgerlicher Verantwortung.

Wer dort nicht teilhaben kann, weil die Bedingungen unzulänglich sind, der wird auch auf den späteren Stufen unseres Bildungswesens nicht mithalten können.

Platz (damals Knie) eröffnet – und die letzte innerstädtische Pferdebahnlinie wurde eingestellt. Heute umfasst das Berliner U-Bahn-Netz 152 Kilometer mit 170 Bahnhöfen. Auch der U-Bahnhof Nollendorfplatz wird 100 Jahre alt: zum Geburtstag am 11. März wird die im Krieg zerstörte historische Kuppel des Bahnhofs wieder hergestellt sein. Die BVG feiert das Jubiläum mit zahlreichen Veranstaltungen über das ganze Jahr.

Schuleschwänzen

Nach einer Studie des Deutschen Jugendinstitut Leipzig kommen 80 Prozent der Schulverweigerer von den Hauptund Sonderschulen. In der Mehrzahl sind die Schwänzer zwischen 14 und 16 Jahren alt und zu 64 Prozent Jungen. Ein Drittel hat ausländische Eltern. Und: Nur die Hälfte aller Eltern weiß überhaupt, dass ihr Kind die Schule schwänzt. In einem Fünftel der Fälle reagieren weder Lehrer noch Eltern.

Computer in der Schule

Zur Entlastung der Informatiklehrer fordert der GEW-Bezirksverband Frankfurt fünfzig Systembetreuer, berichtete die Frankfurter Rundschau (FR). Die 5000 Schul-PC würden schon durch häufige Datenabfrage, heftigen E-Mail-Verkehr, rüden Umgang aus Unwissenheit und wildes Herunterladen von Datenmüll aus dem Internet zu sehr strapaziert, zitiert die FR einen Informatik-Fachleiter. Laut FR will die Stadt sich lediglich mit sechs professionelle Systemadministratoren sowie Fachhochschulstudierenden und Azubis auf Honorarbasis behelfen

Haus des Lehrers wird umgebaut

Das denkmalgeschützte "Haus des Lehrers" und die Kongresshalle am Alexanderplatz werden zu einem Kongresszentrum umgebaut. Die 1964 nach den Plänen des Architekten Hermann Henselmann fertig gestellten Bauten sollen nach Sanierung und Umbau 2.500

Sitzplätze und knapp 7.000 Quadratmeter Bürofläche anbieten können. Die Neueröffnung wird für Ende 2003 beziehungsweise Anfang 2004 erwartet.

Grundschule mit festen Öffnungszeiten

Gegen die Grundschule mit festen Öffnungszeiten hatten sich Eltern in Sachsen-Anhalt gewandt: Eltern würden bei der Erziehung ihrer Kinder behindert, weil sie nicht mehr mit ihren Sprösslingen gemeinsam Mittagessen können, da diese in der Schule festgehalten werden. Aus diesem Protest entwickelte sich gar eine Bürgerbewegung namens "ABC schützen", die immerhin 12.000 Unterschriften sammelte und Klage einreichte allerdings vergeblich. Das Gericht entschied gegen die besorgten Eltern und für die Grundschule mit festen Öffnungszeiten: Der Staat müsse nicht alle Vorstellungen einzelner Eltern berücksichtigen. führte das Gericht zur Abweisung der Klage an.

10.000 Euro für Schulschwänzer-Projekte

Für ihre Arbeit mit sogenannten Schulschwänzern erhält die Bürgerstiftung Berlin eine Spende von 10.000 Euro von der Deutschen Bank Stiftung Alfred Herrhausen. In Berlin gibt es vier Projekte, die sich um Kinder und Jugendliche bemühen, die den Schulbesuch verweigern.

AusländerInnen in Berlin

Die Zahl der AusländerInnen in Berlin wird sich bis zum Jahr 2015 um fast 25 Prozent erhöhen. Nach einem Bericht der Berliner Morgenpost gehen Prognosen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung davon aus, dass der AusländerInnenanteil von 12,7 auf bis zu 18,4 Prozent steigt von 431 600 auf 631 000. In Gebieten Kreuzbergs und Nord-Neuköllns wird nach diesen Prognosen der Anteil bei den jungen Berlinern ausländischer Herkunft zum Teil auf über 50 Prozent steigen, heißt es in dem Bericht.

Unsolidarisch: Leute in blz 1-2/02

Ich wüsste nicht, welchen Stellenwert die Qualifizierung "affig" in der gewerkschaftlichen Diskussion hätte. Wenn die Redaktion schon meint, dazu Stellung beziehen zu müssen, dass zwei Gewerkschaftsmitglieder Privates öffentlich machen, dann hätte ich erwartet, dass dies augenzwinkernd, jedenfalls mit Sympathie, gewerkschaftlich gesprochen, solidarisch geschieht, nicht jedoch mit Süffisanz, eben unsolidarisch. Unkundige können den Eindruck gewinnen, bei Gerd Hurrelmann und Margarete Hoffmann handle es sich um x-beliebige Gewerkschaftsfeinde, nicht um langjährige, aktive Kolleginnen. Denn selbst diese Bezeichnung (Kollege) wird Gerd Hurrelmann versagt. Glaubt die Redaktion hier eine Schwachstelle gefunden zu haben, um den beiden, mit deren Auffassungen man vielleicht nicht übereinstimmt, eins auswischen zu können?

Robert Peiser

Anm. der Redaktion.: In der Personalie bezieht sich das "affig" nicht auf das Hochzeitspaar oder die Hochzeit an sich, sondern auf die Einrichtung einer solchen Seite durch den Tagesspiegel.

Werdet IT-Beauftragte!

Ich kann der Kollegin Brandes (blz 1/2002) voll und ganz zustimmen. Auch ich emp-

fand das Angebot von KorBIT unseriös! Aber: Wo ist die "echte Lösung des Problems in absehbarer Zeit"? Seit Jahren treffen sich – auf Initiative des Kollegen Sinram – sogenannten Systemadministratoren berufsbildender Schulen, um eine gemeinsame(!) Strategie zu entwickeln, die unhaltbaren Zustände der Systembetreuung an den OSZ zu überwinden. Als Systembetreuer an der Friedrich-List-Schule (1. OSZ Schöneberg) erhalten wir zur Zeit Unterrichtsbefreiung im Umfang von 8 UStd./Woche um ein Netzwerk mit zwei Servern und ca. 200 PC am Laufen zu halten. Seit einiger Zeit werden wir durch eine ABM-Kraft unterstützt. Der Mitarbeiter, der über das bbw (Bildungswerk der Berliner Wirtschaft), zu uns kam, schraubt und installiert. Iedoch nur noch bis zum 31. März 2002! Nach diesem Termin müssen die Systembetreuer dann wieder ran. Also: administrieren installieren und schrauben und und und... An eine pädagogische Systembetreuung ist bei dieser Belastung nicht zu denken. Meine Empfehlung an die Koordinationsstelle für Bildung und Informationstechnologie des LSA (KorBIT): Überlegen Sie einmal was passiert, wenn die Systembetreuer an den berufsbildenden Schulen auf die Idee kämen, wieder nur noch als Lehrer, nicht mehr als Systembetreuer tätig sein zu Matthias Mache wollen.

Wolfgang Wandel

Febr 1948 - Doz 2001

Wir Irauem um unseren Gewerkschaftskollegen Wolfgang, der keiner langen, schweren Krankheil erlag

> Aufrecht, engag ert und kamptensch so bleibt er uns in Erinnerung

Mit seinen kritischen und streitbaren Positionen wird ei uns als Freund und Diskoss onspartner fehlen

Die GDW Bezirksickung Kolnickendorf



Die Koalitionsvereinbarung von SPD und PDS ist sozial unausgewogen. So lassen sich die bildungspolitischen Probleme der Stadt nicht lösen. Die GEW BERLIN fordert Senat und Abgeordnete zu einer deutlichen Kurskorrektur auf.

Die Regierungsbildung in Berlin steht ganz im Zeichen der äußerst schwierigen Finanzlage Berlins. Die Koalitionsvereinbarung setzt sich das ehrgeizige Ziel "die Nettoneuverschuldung bis zum Jahre 2009 auf Null zu reduzieren." Dies soll im wesentlichen allein durch Ausgabenkürzungen erreicht werden; ein Ding der Unmöglichkeit!

Berlin ist ein Insolvenzfall

Berlin hat wie keine andere Stadt oder Region an den Folgen der Teilung gelitten. Dies hat keine entsprechende Berücksichtigung im Einigungsvertrag gefunden. Korrekturen sind daher auf Bundesebene unausweichlich! Berlin ist ein Insolvenzfall und zu seiner Sanierung gehören alle Beteiligten - auch der Bund - an einen Tisch! Erst in einem solchen Rahmen sind solidarische Lösungen denkbar. Wer, wie diese Koalitionsvereinbarung, einseitig darauf setzt, die durch Immobilienspekulation zusätzlich gerissenen Haushaltslöcher allein von den Beschäftigten des Landes Berlin bezahlen zu lassen, muss scheitern.

Wahlbetrug bleibt Wahlbetrug

Anders als von SPD und PDS im Wahlkampf angekündigt, ist der Bereich Bildung und Erziehung nicht von Kürzungen ausgenommen worden. Rechnet man alle Kürzungsmaßnahmen in diesem Bereich zusammen, entfallen fast 30 Prozent der knapp 12.000 gestrichenen Stellen auf den Bereich Bildung und Erziehung. Damit wird erneut dieser Bereich überproportional an den Kürzungen beteiligt. Gleichzeitig wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, der Bereich Bildung und

Gewerkschaften wollen SPD und PDS eine halbe Milliarde Euro einsparen. Dies soll geschehen durch Eingriffe in den Flächentarifvertrag und Bundesgesetze. Gleichzeitig wird für den Fall, dass diese Kürzungssumme durch freiwilligen Verzicht der im öffentlichen Dienst Beschäftigten nicht zustande kommt, in ungeheuerlicher Weise gedroht: Dann soll die Lehrerarbeitszeit erneut erhöht werden. Wörtlich heißt es (S. 35): "Die gegenwärtige Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte soll in dieser Legislaturperiode nicht erhöht werden. Dies steht jedoch in Abhängigkeit zu den Vereinbarungen im angestrebten Solidarpakt."

2. Wird der Bildungsauftrag der Kitas verstärkt?

Der frühkindlichen Bildung und Erziehung muss eine weitaus größere Bedeutung beigemessen werden als bisher. Statt konkreter Angaben, mit welchen Maßnahmen und Ausstattungen der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten verstärkt erfüllt werden soll, finden sich in dem Koalitionsvertrag lediglich präzise Hinweise zur Kürzung und Streichung zu Lasten des pädagogischen Stan-

(Bild oben) Immer auf die Kleinen, auch in der neuen Regierung.

lage

dards wieder. Es ist ein schlechter Witz, dass es in der Koalitionsvereinbarung heißt: "Der Senat wird ... die begonnene Qualitätsoffensive (für die Kitas) fortführen." Gleichzeitig sollen den Kitas insgesamt 856 ErzieherInnenstellen allein durch die Verschlechterung der Personalbemessung gestrichen werden! Jeder, der den Prozess der Qualitätsentwicklung in Kitas kennt, weiß, wie zeit- und arbeitsintensiv er ist, wie wichtig auch die LeiterInnen für die Unterstützung dieses Prozesses sind. Und nun sollen für Leitungstätigkeiten 356 Stellen gestrichen werden! Wer angesichts der Erhöhung der Hortgruppen auf 21 Kinder von bisher 16 (minus 400 Stellen) von einer Qualitätsoffensive zu sprechen wagt, will die Öffentlichkeit für dumm verkaufen.

3. Gibt es jetzt überall ganztägige Schulen?

Das Angebot an Ganztagsschulen und an verlässlichen Halbtagsgrundschulen soll erweitert werden. Gut so. Dafür benötigt man zusätzliches Personal. Dieses soll aus den wegen Schülerrückgang freiwerdenden Stellen genommen werden. Insgesamt sollen jedoch von den freiwerdenden Stellen 1.190 wegfallen. Ob der "Rest" tatsächlich ausreicht, um das Angebot zu erweitern, kann heute niemand zuverlässig sagen. "Grundbaustein" der "Ganztagsbetreuung" soll die "Verlässliche Halbtagsschule" werden. Bei dieser Zielsetzung einer "quasi Ganztagsschule" wird bei gegebener Personalausstattung weder die notwendige Zusammenarbeit zwischen schulischen und sozialpädagogischen Fachkräften umsetzbar sein, noch der Wunsch der Eltern nach einer

tatsächlichen ganztägigen Schule, da die "Verlässlichkeit" um 13.30 Uhr ihr Ende finden soll. 4. Werden die Kitas privatisiert? Durch die Ausgliederung der städ-

Berlin muss sparen.

Gesparte Forschung erspart uns die Zukunft!

tischen Kitas aus der kommunalen Trägerschaft wird das Wahlrecht der Eltern bei der Trägerwahl eingeschränkt und der Entwicklung zu einer "Zwei-Klassen-Kita" Vorschub geleistet. 30,7 Millionen Euro sollen so eingespart werden.

5. Gibt es pädagogische Verbesserungen?

Alle weiteren pädagogischen Verbesserungen, wie z.B. Frequenzsenkungen und ähnliches sollen nach dem Koalitionsvertrag durch Arbeitszeiterhöhung der vorhandenen Lehrkräfte erwirtschaftet werden. 300 Stellen sollen gestrichen werden durch Kürzung der Anrechnungs- und Ermäßigungstatbestände um 10 Prozent. Das klingt harmlos, ist es aber nicht. Gestrichen werden soll die Altersermäßigung für Lehrkräfte ab 55. Wer Kinder in der Schule hat, weiß, dass gerade die Stun-

denminderung für ältere Lehrkräfte der Sicherung des Unterrichts diente. Die zum Schuljahr 2000/2001 erst geschaffenen maximal 500 Stellen Vertretungsreserve für dauerkranke Lehrkräfte sollen wegfallen. Das führt zur Erhöhung der Krankenquote, zu mehr Frühpensionierungen und zur Verschlechterung der Schüler-Lehrer-Relation. Die Folge: Qualität von Unterricht und Erziehung sinkt.

6. Wie steht der Vergleich mit Hamburg?

Faktisch werden in der Berliner Schule durch diese Maßnahmen ca. 2.000 Lehrerstellen abgebaut. Damit erhöht sich der bereits bestehende Ausstattungsrückstand von ca. 1.500 Lehrer-



Protest gegen Rot-Rot: Das ICC wird gestürmt!

stellen im Vergleich zu Hamburg auf 3.500, d.h. die Berliner Schule ist um 12 Prozent schlechter ausgestattet als die Hamburger Schule.

7. Kann Unterrichtsausfall vermieden werden?

Weitere Maßnahmen werden sich als schwere Belastung für die Qualität des Unterrichts erweisen. Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, dass zwei Prozent der Personalmittel zur Einstellung von kurzfristig verfügbaren Vertretungslehrern auf der Basis von Honorarverträgen direkt in die Hand des Schulleiters gegeben werden sollen. Das heißt, zum kommenden Schuljahr sollen ca. 600 Lehrkräfte, das entspricht etwa zwei Prozent, durch die Schulleiter ganz schnell und unbürokratisch eingestellt werden, um Unterrichtsausfall im Vertretungsfall zu vermeiden. Wie aber sieht die Praxis aus? Schon jetzt ist ein dramatischer Lehrermangel in vielen Fächern und Laufbahnen vorhanden. Die Annahme, 600 ausgebildete Lehrkräfte seien kurzfristig verfügbar, entbehrt jeder Grundlage. Stellt man jedoch für derartige Vertretungszwecke nicht ausgebildetes Personal ein, richtet man erfahrungsgemäß großen Schaden bei Schülerinnen und Schülern an. Die Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen zeigen dies überdeutlich.

8. Gibt es mehr Mitbestimmung?

Ganz nebenbei sind sich SPD und PDS offensichtlich einig, bei Einstellungen im Schulbereich die Mitbestimmung der Personalräte gleich mit zu streichen. Diese Rechtskonstruktion ist jedoch eindeutig rechtswidrig, weil sie gegen die Rahmenvorschriften des

Bundespersonalvertretungsgesetzes und gegen die Rechtsprechung verstößt. Dies ist ein schwerer Angriff auf die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst.

9. Warum wird die Uniklinik Benjamin Franklin geschlossen?

Mit der geplanten Schließung der Universitätsmedizin der FU Berlin bricht die neue Koalition die gerade bis 2005 abgeschlossenen Hochschulverträge. Noch vor einigen Monaten hat das Abgeordnetenhaus einstimmig die Einsetzung einer Expertenkommission beschlossen, die Vorschläge zur Zukunft der Berliner Universitätsmedizin unterbreiten soll. Gleichzeitig wurden bereits Einsparungen in dreistelliger DM Millionenhöhe verordnet. Die Hochschulen haben diesen Verträgen nach langen Diskussionen unter großen Bauchschmerzen zugestimmt. Dieser gesamte Prozess wird durch die Schließung innerhalb kürzester Zeit über Bord geworfen und das ohne jegliche seriöse Ermittlung der Kosten. Die Aussage, dass die Hochschulverträge "Planungssicherheit" für die Hochschulen bieten, muss jedenfalls für die FU als blanker Hohn verstanden werden.

Neben den gravierenden Auswirkungen auf die Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Berlin und die Glaubwürdigkeit der Berliner Politik wird die Schließung des UKBF vor allem für die Studierenden und die Beschäftigten erhebliche Folgen haben. Die offenbar als Beruhigungspillen gedachten Maßnahmen, wie Verlagerung von Lehrstühlen und Forschungsvorhaben an die Charité und Erhalt der Zahl der StudienanfängerInnen in der Medizin sind Wunschvorstellungen, deren Realisierungschancen völlig offen sind. Mit dieser Schließung wird die FU als Universität insgesamt in Frage gestellt. Die Tür zu einer Privatisierung der FU wird damit ein ganzes Stück geöffnet. Mit dieser Entscheidung wird die Wissenschaftspolitik in Berlin dauerhaft belastet.

10. Wie viele Studienplätze braucht die Hauptstadt?

Entgegen allen Wahlaussagen hat die Koalitionsvereinbarung keinerlei Zielvorstellungen zur Anzahl der Studienplätze in Berlin. Nicht einmal die bisherige politische Zielzahl von 85.000 Studienplätzen wird erwähnt. Es fehlt jede Aussage, die Hochschulen mittelfristig wieder in den (finanziellen) Stand zu versetzen, die Zahl der Studienplätze wieder zu erhöhen (nachdem in den letzten fünf Jahren über 30.000 abgebaut wurden). Angesichts der geringen Studierquote in Deutschland und der dringend notwendigen Erhöhung der Zahl der Studierenden und HochschulabsolventInnen ist das ein deutliches Defizit. Es reicht nicht aus, den Hochschulen (z.B. mit der Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes) mehr Eigenständigkeit und Verantwortung zu geben, ohne eine Perspektive zur Verbesserung der Rahmenbedingungen zu bieten. Kein Wort findet sich zur Unterfinanzierung des Personals, zu den Defiziten im baulichen Zustand und der sächlichen Ausstattung der Hochschulen. Die Umsetzung der Standortentscheidung für die FHTW ist nicht in der Vereinbarung enthalten. Soll davon wieder abgerückt werden?

11. Werden die Lehrbedingungen verbessert?

Der Koalition fällt nichts Besseres ein, als eine höhere Lehrverpflichtung bei HochschullehrerInnen und dem unbefristeten Mittelbau prüfen zu wollen. Die Lehrenden sollen durch Mehrarbeit sicherstellen, dass die Studienplatzzahlen nicht noch weiter absinken. Was hat das mit "zukunftsfähiger Beschäftigungsstruktur" zu tun? Kein Wort zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (unterhalb der professoralen Ebene), kein Wort zu den Bedingungen für den akademischen Mittelbau. Kein Wort zu den hohen Anteilen Lehrbeauftragter an den Hochschulen, die zum Billigtarif einen großen Teil der Lehre mittragen. Positive Zielvorstellungen, wie zur Verbesserung der Studienbedingungen, zur Internationalisierung der Hochschulen und zur Förderung der Weiterbildung sind nicht ohne eine entsprechende finanzielle Ausstattung umzusetzen. Als Beispiel sei nur genannt die Einführung von Mentorenprogrammen. Das betrifft auch den geforderten Ausbau der Fachhochschulen, soll dieser nicht weiter zu Lasten der Universitäten erfolgen.

12. Wird die LehrerInnenbildung reformiert?

Dieses Vorhaben ist überfällig und zu begrüßen. Schnellschüsse sind aber zu vermeiden. Auch vor einer probeweisen Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen muss eine konsequente Modularisierung des Studiums (auch des Fachstudiums) stehen. Es fehlt eine klare Aussage, dass es keinen Lehramts-Bachelor geben darf. Die integrierte LehrerInnenbildung in Berlin muss erhalten bleiben. Zu begrüßen ist die Reduzierung der Funktion des Prüfungsamtes auf Notariatsaufgaben. Die generelle Öffnung des Zugangs zur Schule ohne Lehramtsausbildung ist der falsche Weg zur Sicherung des LehrerInnen-Nachwuchses. Stattdessen muss es (und das fehlt) ein berufsbegleitendes Referendariat mit einem entsprechenden Abschluss (2. Staatsexamen) für die QuereinsteigerInnen geben. Die Kapazitäten im Referendariat müssen erhöht werden, damit





zunächst einmal alle diejenigen zu Ende ausgebildet werden, die über ein erstes LehrerInnen-Staatsexamen verfügen. Sie müssen zeitnah ihre Ausbildung fortsetzen können, wenn Berlin sie nicht an andere Bundesländer "verlieren" will. Die Koalition macht aber leider keinerlei Aussagen zum Referendariat, weder zu den Kapazitäten noch zu inhaltlichen Reformen. Dringend notwendig ist eine umgehende Erhöhung der Zahl der Referendariatsplätze um mindestens 200 auf 2.100 bereits zum Mai 2002, um eine kontinuierliche Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern zu sichern

13. Keine Beihilfe zur Krankenversicherung?

Durch weitere Maßnahmen werden die Konflikte in Berlin verschärft. So soll beispielsweise ein verfassungswidriger "Selbstbehalt" in der Beihilfe für Beamtinnen und Beamte eingeführt werden. Faktisch bedeutet dies. dass eine Statusgruppe im öffentlichen Dienst von einer umfassenden Krankenversicherung ausgeschlossen wird. Gleichzeitig ist den politisch Verantwortlichen bekannt, dass dafür von den Betroffenen keine Krankenversicherung abgeschlossen werden kann. Ohne sachliche Rechtfertigung werden hier Beamtinnen und Beamte schlechter gestellt als Angestellte. Mit dieser Maßnahme wird faktisch eine Gehaltskürzung vorgenommen, die für Lehrkräfte im Jahr ca. DM 1.000,- betragen

14. Wird die Arbeitszeit verkürzt?

Die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten im Westen wird erhöht. So hat sich eigentlich keiner die Angleichung von Ost an West vorgestellt.

15. Wer erhält Lohnerhöhungen?

Auch mit der angedrohten Verschlechterung des Einkommensangleichungsgesetzes wird für den Ostteil Berlins eine Lohnkürzung geplant. Scheinheilig wird von den politisch Verantwortlichen behauptet, durch diese Maßnahme würde lediglich eine im Ostteil Berlins "versehentlich" entstandene Besserstellung bei Nettobezügen ausgeglichen. Verschwiegen wird allerdings, dass dieser Besserstellung eine erhebliche Schlechterstellung in der Altersversorgung gegenübersteht.

Was fordert die GEW BERLIN?

Die GEW BERLIN ist angesichts gänzlich anderslautender Wahlkampfaussagen und verschiedener Gespräche vor der Neuwahl des Senats überrascht, wie weit die VerhandlungsführerInnen von PDS und SPD von einer wirklichen Lösung der großen finanziellen Krise Berlins entfernt sind. Wir sind überzeugt, dass die Berliner Bevölkerung nicht nachvollziehen kann, dass zum Ausgleich von Verlusten im Bereich der Immobilienspekulation die Bildung weiterhin nachhaltig verschlechtert wird. Mit Recht wird vielen das Verständnis dafür fehlen, die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien einseitig zur Kasse zu bitten. Wir fordern Sie auf: Korrigieren Sie den eingeschlagenen Weg!

> Ulrich Thöne, Dieter Haase, Sanem Kleff, Rose-Marie Seggelke

Gregor Gysi predigt vor dem Roten Rathaus: Keine Kürzungen im Bildungsbereich.

PISA und die Chancengleichheit



"Was bleibet aber stiften die Dichter"

Für mich als Alt-68er beginnt die Beschäftigung mit der Chancengleichheit nicht mit der so oft gescholtenen Kuschelpädagogik, sondern natürlich mit dem weniger kuscheligen Bertolt Brecht.

Der lässt in seinen "Flüchtlingsgesprächen" einen Hochschuldozenten,
Ziffel, und einen Arbeiter, Kalle, die auf der Flucht vor Hitler 1940
in Finnland gestrandet sind, über das Leben allgemein und eben
auch über die Schule plaudern. (Kasten S. 11 und 12)

Von Brecht zu PISA zieht sich eine ungeahnte Kontinuität der Ergebnisse, und seine Sorge wegen zu viel lebensferner Gerechtigkeit in der Schule erweist sich als ganz unbegründet: Nach wie vor werden systematisch die Kinder der besseren Leute besser behandelt, so dass sie wieder bessere Leute werden können. Die anderen werden ausgegrenzt. Ganz nebenbei konnte der Beleg erbracht werden, dass auch das Lesen von Literatur

"...zur Bewältigung realitätsnaher Herausforderungen" (PISA S.14) beitragen kann, also durchaus dem Bildungsbegriff der OECD entspricht.

Nun ist die OECD keine gesellschaftskritische oder gar revolutionäre Organisation. Vielmehr ist ihr Arbeitsgebiet die wirtschaftliche Entwicklung weltweit und eben nicht die Verteilung sozialer Wohltaten. Aus der Sicht der OECD ist eine zu geringe Zahl qualifizierter Schulabsolventen und "Ein hoher Prozentsatz von Schülerinnen und Schülern am unteren Ende der Lesekompetenzskala" Grund zur Sorge, "... dass es einem großen Teil der Arbeitskräfte und Wähler von morgen an den nötigen Fähigkeiten fehlen wird, um die ihnen abverlangten Entscheidungen zu treffen." (S.62) Schlechte Resultate der Schulbildung bedeuten also Verschwendung wichtiger Ressourcen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Benachteiligung ist nicht naturgegeben

Diese Sichtweise mag manchen verprellen, der Bildung weniger im sozialen und wirtschaftlichen Kontext, sondern als humanitären Wert an sich betrachtet. Aber man sollte dabei bedenken, welchen Rückenwind sie traditionellen gewerkschaftlichen Zielen in der Bildungspolitik wie Chancengleichheit und sozial integratives Schulwesen verleiht. Die folgenden Ergebnisse – ich verkürze eine differenzierte Darstellung bewusst – sind Wasser auf unsere Mühlen:

Deutsche Schulen benachteiligen überdurchschnittlich stark insbesondere Jugendliche aus sozial schwachen Familien. Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil sowie mit Migrationshintergrund. Dies geschieht durch die frühe Aufteilung auf verschiedene Schultypen mit abweichenden Lehrinhalten und -methoden. "In dem Maße, wie die Verteilung der Schüler auf verschiedene Schultypen oder -zweige mit dem sozioökonomischen Hintergrund verknüpft ist, besteht in solchen Systemen die Möglichkeit, dass Schüler aus sozial benachteiligten Milieus ihr Potenzial nicht voll ausschöpfen können." (S. 240).

"Unter solchen Umständen bleiben Begabungen ungenutzt und werden menschliche Ressourcen vergeudet." (S. 252). Dabei werden die Höchstleistungen, die zur Rechtfertigung dieses Auslesesystems dienen, im Vergleich zu anderen Ländern, die dies nicht tun, auch nicht erreicht.

Außerdem können wir gestützt

auf das PISA-Material noch darauf verweisen, dass in anderen Ländern diese skandalöse soziale Benachteiligung und

Segregation

nicht so oder nicht so extrem besteht: dies ist also nicht naturgegeben, sondern durch politische Entscheidungen verursacht und daher auch veränderbar. "Nach dem derzeitigen Stand ist schon allein die Tatsache ermutigend, dass in einigen Ländern gute Bildungsergebnisse für die meisten Schülerinnen und Schüler bereits eine Realität sind: denn sie

Denkanstöße für alle Beteiligten

bewältigt werden können." (S. 254)

zeigt, dass die bevorstehenden

Herausforderungen durchaus

Nach der Präsentation der Ergebnisse der PISA-Studie wurde der Referent Dr. Schleicher nach Ratschlägen für Veränderungen gefragt, die angesichts der Ergebnisse notwendig wären. Er lehnte das ab, auch angesichts der Komplexität der auf mehr als 300 Seiten zusammengefassten Ergebnisse. Er wollte die Resultate vielmehr als Denkanstöße für die politisch Verantwortlichen gewertet wissen, aus denen in jedem Land die den Bedingungen angemessenen Schlussfolgerungen gezogen werden müssten. Damit hat er uns den Ball zurückgespielt, denn auch die GEW ist am Prozess der politischen Willensbildung beteiligt – und nicht zu vergessen, jedes unserer Mitglieder bei der täglichen Arbeit. Dabei geht es um folgende Problemkreise:

Gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidungen sind zu treffen darüber, wie wichtig Chancengleichheit und die Erarbeitung der dazu notwendigen pädagogischen Qualität sein sollen – wichtig genug, um traditionelle soziale Hierarchien auf- und wesentlich mehr Geld mit neuen Prioritäten auszugeben? Wo sind die Bündnispartner, nachdem die SPD die Chancengleichheit als Ziel aufgegeben zu haben scheint und auch noch nicht klar ist, ob in der Koalition mit der PDS außer einem

PISA ZIELT NICHT DARAUF AB, SPEZIELLES WISSEN ABZUFRAGEN,
SONDERN DIE FÄHIGKEIT ZU BEWERTEN, MIT HILFE EINES
ALLGEMEINEN VERSTÄNDNISSES VON BESTIMMTEN SCHLÜSSELKONZEPTEN
AUFGABEN IN REALITÄTSNAHEN SITUATIONEN ZU BEWÄLTIGEN.

Stellenrahmen auch etwas darüber vereinbart wurde, ob diese Stellen mit dem Ziel von mehr Chancengleichheit eingesetzt werden sollen.

Der in Deutschland dominierende philologisch-gymnasial geprägte Bildungsbegriff kann der PISA-Studie schon deshalb nicht zugrunde liegen, weil schließlich 32 Staaten von Finnland über Mexiko bis nach Korea mit unterschiedlichen Bildungs- und Schultraditionen und kulturellen Gegebenheiten verglichen werden sollten. "Deshalb zielt PISA nicht darauf ab, spezielles Wissen abzufragen, sondern die Fähigkeit zu bewerten, mit Hilfe eines allgemei-

Kalle:

" ... Jedenfalls sehe ich erst jetzt, das auch ich was gelernt hab. Ich erinner mich, dass wir gleich am ersten Tag eine gute Lektion erhalten haben. Wie wir ins Klassenzimmer gekommen sind, gewaschen und mit einem Ranzen, und die Eltern weggeschickt waren, sind wir an der Wand aufgestellt worden, und dann hat der Lehrer kommandiert: "Jeder einen Platz suchen", und wir sind zu den Bänken gegangen. Weil ein Platz zu wenig da war, hat ein Schüler keinen gefunden und ist im Gang zwischen den Bänken gestanden, wie alle gesessen sind. Der Lehrer hat ihn stehend erwischt und ihm eine Maulschelle gelangt. Das war für uns alle eine sehr gute Lehre, dass man nicht Pech haben darf."....

Bertholt Brecht: Flüchtlingsgespräche

nen Verständnisses von bestimmten Schlüsselkonzepten Aufgaben in realitätsnahen Situationen zu bewältigen." (S.20) Was das z.B. für einen derzeit fast rein literaturgeschichtlich geprägten Deutschlehrplan in der Berliner Oberstufe bedeutet, darüber sollten wir nachdenken.

Bildungsbegriff auf den Prüfstand

Der traditionelle Bildungsbegriff ist sozial selektiv und gehört daher auf den Prüfstand, wie es

bereits in den 60er und 70er Jahren vom damaligen Bildungsrat im Zusammenhang mit der Einführung der

Der traditionelle

Bildungsbegriff ist sozial

selektiv und gehört daher

auf den Prüfstand.

Gesamtschulen gefordert, aber nie umgesetzt wurde. Es ist auch in der GEW in Vergessenheit geraten, dass die Gesamtschule nicht nur ein schulorganisatorisches, sondern auch ein didaktisches und pädagogisches Reformprojekt war. Hier gibt es bei der GEW Diskussionsbedarf.

Ressourcen einfordern

Zugleich sollten wir aber nicht vergessen, die für das Nachden-

Ziffel:

" ... Ich höre, dass die Schulen oder wenigstens einige von ihnen auf anderen Prinzipien aufgebaut seien als zu meiner Schulzeit. Die Kinder würden in ihnen gerecht und verständig behandelt.

Wenn dem so wäre, würde ich es sehr bedauern.
Wir lernten noch in der Schule solche Dinge wie Standesunterschiede, das gehörte zu den Lehrfächern.
Die Kinder der besseren Leute wurden besser behandelt als die der Leute, welche arbeiteten.
Sollte dieses Lehrfach aus den Schulplänen der heutigen Schulen entfernt worden sein, würden die jungen Menschen diesen Unterschied in der Behandlung.

Schulen entfernt worden sein, würden die jungen Menschen diesen Unterschied in der Behandlung, der so unendlich wichtig ist, also erst im Leben kennen lernen Sie wären kunstvoll darüber getäuscht, wie sich die Welt ihnen gegenüber benehmen wird. Sie würden fair play, Wohlwollen, Interesse erwarten und ganz und gar unerzogen, ungerüstet, hilflos der Gesellschaft ausgeliefert sein."

 $Bertholt\ Brecht:\ Fl\"{u}chtlingsgespr\"{a}che$

ken über einen praxisnäheren Bildungsbegriff und seine Umsetzung im Unterricht notwendigen Ressourcen einzufordern – und zwar für die Schulen, nicht für die Verwaltungen. Wenn die PISA-Untersuchung feststellt, dass auch und gerade im Sinne der Chancengleichheit erfolgreiche Schulsysteme in der Regel ein hohes Maß an Eigenverantwortung der Schule kennen, dann sollten wir uns dem Gedanken nicht verschließen, aber Ressourcen und Mitbestimmungs-

rechte einfordern. LehrerInnen – vor allem in den Oberschulen – sind auch Teil des Auslesesystems und in ihrem Denken davon geprägt. Wenn alle genau so viel

Gedanken darauf verwenden würden, Schüler mit Migrationshintergrund zu fördern wie - meist vergeblich - darauf, diese loszuwerden und eine andere, pflegeleichtere Schülerschaft zu bekommen, dann wäre ein großer Schritt getan. Es besteht also auch Diskussionsbedarf über unser Verständnis der Lehrerrolle, der Solidarität untereinander - wer schiebt welche Last von sich weg und anderen zu? - und unsere Interessen im Hinblick auf die Lebensqualität an unserem Arbeitsplatz.

Die PISA-Studie hat der GEW in vielen Punkten den Rücken gestärkt. Sie hat in der öffentlichen Diskussion eine Bereitschaft zum Umdenken entstehen lassen wie lange nicht. Das verpflichtet die GEW natürlich auch, an der Umsetzung ihrer Grundsätze aktiv mitzuwirken. Sie darf aber nicht vergessen - und der Einsatz der GEW legitimiert das schließlich die notwendigen Ressourcen einzufordern, die für eine nachhaltige Qualitätsverbesserung im ganzen Bildungsprozess erforderlich sind.

Thomas Isensee ist Leiter des Referates Bildungspolitik der GEW BERLIN





Dahinter sto

Erstaunlich ist so manche soziales Schicksal, ohne

Mompetenzerwerb (= Schulerfolg)
und soziale Herkunft sind laut
PISA in keinem der untersuchten
32 Länder so stark miteinander
verknüpft wie in Deutschland –
auf PISA-soziologesisch: Der Unterschied in der Lesekompetenz
zwischen Jugendlichen aus Familien des unteren und des oberen
Viertels der Sozialstruktur ist in
keinem Land der Welt so stark wie
in Deutschland.

Die üblichen Verdächtigen (die GEW z.B.) erhoben sogleich den mahnenden Zeigefinger, aber auch in zahlreichen anderen Veröffentlichungen (z.B. dpa, Frankfurter Rundschau, Die Zeit) wurde über dieses Ergebnis breit berichtet und mit Recht "Skandal" gerufen. Indes war das Echo auf die PISA-Untersuchung im konservativen Zentralorgan Frankfurter Allgemeine Zeitung ganz anders: Schulerfolg ist soziales Schicksal, daran etwas ändern zu wollen, ist illusionär.

"Ohne sich dem Phantasma anheimzugeben, es ließe sich der untere Rand der Gesellschaft wegerziehen …", sollten "die Hochunbegabten als Gegenstand des Unterrichts" entdeckt werden – so Jürgen Kaube in der FAZ vom 15.12.01. Eine alte Bekannte, Regina Mönch, die sich mit ihren nervigen konservativen Tagesspiegel-

Kundgebung

12.12.2001

vor dem Roten Rathaus am



eckt ein kluger Kopf...

Reaktion auf die PISA-Studie. Schulerfolg ist dass daran etwas zu ändern ist.

Texten über Schulfragen zur FAZ hochgedient hat, schreibt am 6.12.: "Die Studie (gemeint ist PISA) räumt mit dem Traum von der Chancengleichheit auf." Auf der Internet-Seite der FAZ heißt es - im Original natürlich mit altgermanischem "ß": ".... die PISA-Studie bescheinigt, dass der Schulerfolg in Deutschland wie in keinem anderen Industriestaat abhängig vom Einkommen der Eltern ist die Illusion der gleichen Bildungschancen ist damit gründlich zerstört worden."

Warum andere Länder, und zwar Länder mit einer ähnlichen oder sogar noch stärker polarisierten Sozialstruktur als Deutschland, offenkundig bessere Ergebnisse bei dem Bemühen um Chancengleichheit erzielt haben, erzeugt bei den FAZ-Ideologen der sozialen Ungleichheit keinerlei erkennbares Nachdenken.

Die Autorinnen und Autoren gehen offenbar davon aus, das deutsche Schulsystem sei auf Chancengleichheit hin ausgelegt. Diese Annahme ist natürlich falsch, aber selbst wenn man von der Richtigkeit der Annahme ausgeht, ist mit PISA lediglich widerlegt, dass der deutsche Weg, um nicht schon wieder Sonderweg zu sagen, zur Chancengleichheit gescheitert ist, aber nicht der "Traum von der Chancengleichheit".

Die Teile der Öffentlichkeit, die glaubten mit einem x-gliedrigen Schulwesen Chancengleichheit am besten verwirklichen zu können, sollten jetzt eigentlich in tiefes Nachdenken verfallen.

Zvnismus und Wohlstandschauvinismus bei der FAZ

Von einem Gesamtschulbefürworter wie mir ist ja keine andere Aussage zu erwarten – aber ein Grundübel des deutschen Schulsystems ist nun mal ein Anreizsystem, das stark auf Auslese, aussortieren, auseinander dividieren angelegt ist. Dies gilt leider auch für viele Gesamtschulen. Trotzdem: Gesamtschulen sind aus dem Gedanken heraus geboren, sozialen Ausgleich im Auge zu behalten, die verschiedenen Begabungen und Interessen zu wecken und Kindern auch aus dem zitierten unteren Viertel der Sozialstruktur eine bessere Chance zu geben. Liest man nun die Texte der FAZ-Bildungsexperten, so hat man den Eindruck, es gingen also alle oder doch die meisten Schülerinnen und Schüler auf Schulen, die das Ziel Chancengleichheit verfolgen, und alle diese Schulen seien gescheitert. Wir wissen, dass dies nicht so ist. Nur um die 9 Prozent aller deutschen SchülerInnen der Jahrgänge 5 – 10 besuchen eine Gesamtschule, und es gab vor der

PISA-Studie wenige Signale in der Öffentlichkeit in Richtung mehr Chancengleichheit im Schulsystem. Und wenn es solche Signale gab, wurden sie übertönt von erheblich lautstarkeren Signalen in Richtung "Turbo", "Schnellläufer", "Grundständigkeit", "Schulzeitverkürzung" usw.

Die FAZ muss sich fragen lassen, wie sie es eigentlich mit der Fundamentalnorm "Sozialstaatlichkeit" hält. Irgendwelche Sozialromantiker haben ins Grundgesetz geschrieben, dass der Staat die Aufgabe hat, soziale Gegensätze möglichst weit auszugleichen, und dies hat er auch mit dem Mittel der Bildungspolitik zu tun. Dem offenkundigen Zynismus, man könnte auch sagen Wohlstandschauvinismus der FAZ haftet auch, wie vielen Ideologien, etwas selbstzerstörerisches an: Der Wohlstand, in dem viele FAZ-LeserInnen leben, beruht zu einem großen Teil auf der Wertschöpfung hoch qualifizierter Arbeitskräfte, deren Produkte auf dem Weltmarkt gut absetzbar sind. Eine auch nur oberflächliche Recherche ergibt, dass bereits jetzt ein starker Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland besteht, dass viele Unternehmen in ihren wirtschaftlichen Aktivitäten sich wegen des Fachkräftemangels eingeengt sehen, und dass dieser Mangel sich verstärken wird. Dieser Fachkräftemangel ist bestimmt nicht nur durch Zuwanderung zu beheben, es müssen aus schierem Interesse am Erhalt des Wohlstands in der Bundesrepublik Anstrengungen unternommen werden, Begabungen und Interessen zu entdecken und zu fördern, Potenziale zu nutzen. Deutschland kann es sich nicht nur aus politisch-moralischen Gründen nicht leisten. Kinder aus "dem unteren Viertel der Sozialstruktur" so zu vernachlässigen, wie dies bisher geschehen ist, es muss in der Tat versucht werden. mehr vom "unteren Rand der Gesellschaft" wegzuerziehen.

Was die wahren Probleme des deutschen Schulsystems sind, zeigt uns die FAZ in einem Artikel am 5.1.02: Sollen die "Sextaner" (!) am Gymnasium sofort mit Latein beginnen oder nicht?

Wolfgang Gehlen

ist Vorsitzender der Fachgruppe Gesamtschulen

Chancen zur Veränderung

Gedanken zur frühkindlichen Bildung



Kundgebung vor dem Roten Rathaus am 12.12.2001

In der Phase nach der Veröffentlichung der PISA-Studie wird allerorts nach Ursachen für das schlechte Abschneiden Deutschlands im Vergleich der internationalen Bildungssysteme gesucht. PädagogInnen und Eltern bekommen nun ihr Fett weg, weniger jedoch die Politik, welche die Rahmenbedingungen für gute oder schlechte Erziehung und Bildung schafft.

Eines ist jedoch gut an der PISA- Studie, sie bietet die Chance nun endlich auch etwas zu verändern.

Dazu werden

allerdings Konzepte, Ideen und Finanzmittel benötigt. Doch will Deutschland sich das leisten? WissenschaftlerInnen, PädagogInnen, GewerkschafterInnen, PolitikerInnen, das Forum Bildung und viele andere melden sich zu Wort und machen Vorschläge zur Veränderung des Bildungssystems. Darüber zu reden ist die eine Seite, es dann zu tun ist die andere Seite. In dieser Diskussion geht es auch um die Bedeutung der frühkindli-

chen Bildung. Es wird gefordert zukünftig Kinder frühzeitiger und stärker zu fördern.

Wie könnte die neue Kita aussehen?

Die Tagesstätte für Kinder wäre eine Einrichtung mit einem klar formulierten Bildungsauftrag, die schon im frühen Kindesalter den Grundstein für ein lebenslanges Lernen legt. Alle Kinder könnten ungeachtet ihrer Herkunft diese ganztägig und gebührenfrei besuchen. Es wären günstige personelle, räumliche und finanzielle Rahmenbedingungen vorhandenen, die eine systematische pädagogische Arbeit ermöglichen.

Diese Einrichtung wäre ein Ort, wo Kinder allein oder gemeinsam mit anderen Kindern Neues entdecken, forschen und experimentieren, Fehler machen, Konflikte austragen, Interessen entwickeln, sich ausprobieren, aktiv sein und soziale Kontakte üben könnten. Es gäbe ein Team von qualifizierten Menschen in dieser Einrichtung, die in der Lage wären Bildungsprozesse zu erkennen, zu dokumentieren, zu unterstützen und zu fördern sowie die Eigenständigkeit und Gemeinschaftsfähigkeit der Kinder entwickeln zu können. Kinder und Erwachsene wären Lernende an diesem Ort Kindertagesstätte.

Von der Vorstellung zur Wirklichkeit

Wie könnten diese Vorstellungen einer qualitativen Verbesserung Bildungsprozesse zu begleiten, z.B. einen Personalschlüssel, der es zulässt, verlässliche Beziehungen zwischen Kindern, Eltern und ErzieherInnen aufzubauen, Fortbildungen zu besu-

chen, Vor- und Nachbereitungs-

 Qualifiziertere Ausbildung und Weiterbildung von P\u00e4dagogInnen mit enger Verzahnung von Wissenschaft und Praxis

zeiten zu haben und...

 Zugang für alle Kinder in eine Ganztagseinrichtung ohne Gebühren und Anspruchsvoraussetzungen

Bildungsauftrag für Kitas klarer formulieren

Der Bildungsauftrag der Tageseinrichtungen für Kinder ist zur Zeit nicht klar formuliert. Daher verkommt die Kita besonders bei PolitikerInnen zur Betreuungseinrichtung und wird gerne als Sparschwein genutzt. Wird die PISAStudie dazu beitragen, dass dies anderes wird?

Gerade in Berlin bei der Regierungsbildung von SPD und PDS wird deutlich, dass die Ursachen für das schlechte Abschneiden Deutschlands im internationalen Vergleich der Bildungssysteme nicht abgestellt werden, sondern eher noch verstärkt werden. So verständigten sich die Koalitionsparteien auf eine Verschlechterung des Personalschlüssels in den Kindertageseinrichtungen und den Abbau von Kitas in öffentlicher Hand. Dies zeigt den Stellenwert dieser Einrichtung in

Pädagoginnen und Eltern bekommen nun ihr Fett weg, weniger jedoch die Politik, welche die Rahmenbedingungen für gute oder schlechte Erziehung und Bildung schafft.

unserem Bildungssystem und wird das Bildungsniveau wohl kaum verbessern. Jetzt helfen

nur eine grundlegende Reformierung des gesamtem Bildungssystems mit den entsprechenden Fachleuten und Investitionen in die Bildung.

Christiane Weißhoff ist Vorsitzende der Fachgruppe Kindertageseinrichtungen



von frühkindlichen Bildungsprozessen in der Kindertagesstätte verwirklicht werden?

- Die Kindertagesstätte wird Lernort mit klaren Zielen integriert im Bildungssystem
- Entwicklung von p\u00e4dagogischen Konzepten mit einer entsprechenden Methodik
- Eine entsprechende Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln
- Schaffung von Arbeitsbedingungen, die es ermöglichen die

"Wir haben es schon lange gewusst!", so muss wohl der Satz heißen, wenn es um das Abschneiden der Migranten bei Schulleistungstests wie jüngst bei PISA (Programme for International Student Assessment) der OECD geht. Schließlich sprechen die Schulabgängerquoten ohne Hauptschulabschluss mit einer Höchstquote bis zu 32 Prozent wie in Berlin eine deutliche Sprache.

Nicht in Hypothesenform dargestellt bleiben selbstverständlich Aspekte, unter denen alle Migrantenkinder, Jungen wie Mädchen gleichermaßen, leiden: Unzureichender DaZ-Unterricht, schlechtes Bildungsmilieu im Elternhaus und überdurchschnittlich schlechte soziale Lebensbedingungen.

Bislang wird von den meisten Bildungspolitikern diese sich deutlich abzeichnende zweite deutsche Bildungskatastrophe entweder nicht gesehen oder aber mit gebetsmühlenhaft-stereotypen Hinweisen auf das fehlende Geld beantwortet. Dabei existieren eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die praktisch keine zusätzlichen Finanzmittel erfordern, so z.B. die von der KMK-Empfehlung zur interkulturellen Erziehung geforderte Revision der Curricula unter interkulturellen Gesichtspunkten.

Gute Ansätze allein reichen nicht

Langfristig aber scheint es unumgänglich, dass für die Bildungspolitik endlich "mehr Mäuse" bereitgestellt werden. Gute Ansätze wie die Regionalfachkonferenzen DaZ können in Zeiten von Kürzungen, Überalterung der Lehrkräfte und kostenneutraler Umstrukturierungsversuche allein nicht zu befriedigenden Lösungen führen. Dass jedoch die neue deutsche Bildungskatastrophe vor dem Hintergrund des skandalösen Ausein-

Die zweite deutsche Bildungskatastrophe

PISA und die Migranten in deutschen Schulen



anderklaffens von privatem Reichtum und öffentlicher Armut mittelfristig den sozialen Frieden gefährdet und die gesellschaftliche Desorganisation befördert, dürfte evident sein.

Es bedurfte also allein des Blicks auf die Schulabgängerstatistiken, um sich das vor Augen zu führen, was nun mit PISA in aufwendigen Untersuchungen bestätigt wird: "Trotz langer Verweildauer unterscheiden sich die Zuwandererfamilien noch deutlich in der Sozialstruktur von der deutschen Bevölkerung. Fast zwei Drittel der nicht in Deutschland geborenen Bezugspersonen dieser Familien sind als Arbeiter oder Arbeiterinnen beschäftigt, von denen wiederum knapp die Hälfte Anlerntätigkeiten ausübt." (PISA-Zusammenfassung, Seite 33)

Zur Auswertung der deutschen Daten hinsichtlich der "Lesekompetenz" verweist PISA auf den darin liegenden Schlüssel zum Schulerfolg schlechthin:

"Die Analysen belegen einen straffen Zusammenhang zwischen Sozialschichtzugehörigkeit und erworbenen Kompetenzen über alle untersuchten Domänen hinweg. Im Unterschied zu früheren Studien, die in der Regel einen besonders starken Einfluss der sozialen Herkunft auf sprachliche Leistungen berichten, fällt in PISA bei Verwendung der internationalen Leistungsmaße der Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und Lesekompetenz bzw. mathematischer Kompetenz gleich straff aus. Benutzt man den nationalen, weniger sprachabhängigen Mathematiktest als Referenz, wird der Zusammenhang etwas lockerer. Folgt man der in PISA vertretenen didaktischen Konzeption, in der Mathematisierung den Kern des Mathematikunterrichts zu sehen und damit

und die Chancengleichheit

Anwendungsorientierung und Modellbildung in den Mittelpunkt zu stellen, erhalten die umgangssprachliche Kommunikation und das Leseverständnis größere Bedeutung. In diesem Fall muss man wahrscheinlich auch mit einer zumindest vorübergehenden Öffnung der Leistungsschere zwischen sozialen Schichten rechnen." (PISA-Zusammenfassung, Seite 36)

ZUGUNSTEN VON DAZ

MUSS NOTFALLS

FACHUNTERRICHT AUSFALLEN

Migranten sind aufgrund ihrer überwiegend ungünstigen Schichtzugehörigkeit im Bereich der unund angelernten Arbeiter und wegen der erkennbaren Versäumnisse auch der Schule, mit Hilfe von Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) die sprachlichen Defizite auszugleichen, doppelt benachteiligt. Denn gerade im deutschen Schulsystem lässt die Gesellschaft die sozialen Unterschiede bei den Schulleistungen wie kein anderes Land durchschlagen.

Migration und Kompetenzerwerb

In der Ergebnisdarstellung kommt PISA unter diesem Titel mit nüchternen Worten zu einer erschreckenden Bilanz:

"Betrachtet man die am Ende der Vollzeitschulpflicht erreichte Lesekompetenz von Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund, wird zunächst sichtbar, dass sich Jugendliche aus Familien, in denen beide Eltern in Deutschland geboren wurden, und aus national gemischten Familien in ihrer Verteilung auf die Kompetenzstufen im Lesen nicht unterscheiden. Anders sehen die Verhältnisse bei den Jugendlichen aus, die aus einem Elternhaus kommen, wo beide Eltern zugewandert sind. Der Anteil extrem schwacher Leser steigt auf 20 Prozent. Fast 50 Prozent der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien überschreiten im Lesen nicht die elementare Kompetenzstufe 1, obwohl über 70 Prozent von ihnen die deutsche Schule vollständig durchlauNach den Befunden scheinen sich sprachliche Defizite kumulativ in Sachfächern auszuwirken, so dass Personen mit unzureichendem Leseverständnis in allen akademischen Bereichen in ihrem Kompetenzerwerb beeinträchtigt sind." (PISA-Zusammenfassung, Seite 38) Dagegen erreichen nur ca. 3 Prozent dieser Migrantenkinder die höchste Kompetenzstufe 5 (bei Schülern deutscher Herkunft 10 Prozent) und ca. 12 Prozent die Stufe 4 (bei Schülern deutscher Herkunft ca. 32 Prozent).

Das bedeutet die Schlüsselfrage im Spracherwerb der Migranten schon im Grundschulalter zu sehen, d.h. letztlich auch einen Unterricht in DaZ auf jeden Fall sicherzustellen und keinerlei Skrupel zu haben, dafür notfalls anderen Fachunterricht ausfallen zu lassen. Wenn Schulleistungen im Unterricht anderer Fächer so entscheidend von der Lesekompetenz abhängig sind, kann für einen begrenzten Zeitraum dieser Bereich vernachlässigt werden.

DaZ als Vertretungspool

In der Berliner Schule wird dagegen streng darauf Wert gelegt, dass die sogenannten Sachfächer auf jeden Fall erteilt und notfalls vertreten werden. Und als natürliches Vertretungsreservoir werden oftmals die DaZ-Stunden angesehen, wo Lehrkräfte ja "nur" kleine Gruppen betreuen. Insofern haben die eingangs erwähnten katastrophalen Schulabgängerwerte Berlins schon ihre in PISA nachzuvollziehende Begründung und wir dürfen auf die mit mehr Schülern angelegte nationale PISA-Studie gespannt sein, die den Fokus auf den Vergleich der Ergebnisse der einzelnen Bundesländer legt. Verantwortliche Schulpolitiker in unserem Land Berlin sollten sich für den Tag der Veröffentlichung auf jeden Fall warm anziehen!

Gerhard Weil ist stellvertr. Personalratsvorsitzender am LISUM



Stolz auf

Die Ergebnisse der PISA-St Handlungsfelder für das zu

Der Berliner Schulversuch "Jahrgangsübergreifende Lerngruppen" (JÜL) setzt diese Empfehlungen bereits seit dem Schuljahr 1999/2000 um und erweist sich umso mehr als ein notwendiger Reformansatz. Beispielhaft sind hier zwei Aspekte aus der Praxis des jahrgangsübergreifenden Lernens im Schulversuch JÜL beschrieben.

Förderung lernschwacher und leistungsstarker SchülerInnen

In einer jahrgangsübergreifenden Lerngruppe z.B. 1.-3. oder 4.-6. Jahrgangsstufe, können leistungsschwache Kinder Inhalte der niedrigeren Jahrgangsstufe wiederho-



len, ohne dabei ihre gewohnte Lernumgebung und -gruppe verlassen zu müssen. Soziale Ausgrenzung und das sich neu Zurechtfinden in einer unbekannten Klasse entfallen. Es müssen nicht wegen Leistungsdefiziten z.B. in Deutsch alle anderen Lernbereiche automatisch auch auf einem niedrigeren Niveau wiederholt werden. Leistungsschwache Schüler sind nicht immer in allen Lernbereichen des schulischen Lernens schwach!

In JÜL-Klassen können Schüler und Schülerinnen gezielt die Inhalte nacharbeiten, in denen sie

die Ungleichheit!

udie veranlassten die KMK-Konferenz, zentrale künftige schulische Lernen zu benennen.



Defizite haben. Ihre Stärken können aber gleichzeitig weiter gestützt werden. Lernschwache Kinder können trotz verschiedener Lernniveaus immer mit ihren Klassenkameraden zusammenarbeiten. So kann ein Schüler der 5. Jahrgangsstufe beispielsweise mit den

Schülern der 4. Jahrgangsstufe seine Rechtschreibkenntnisse verhessern Mit den Schülern der 5. und 6. Jahrgangsstufe kann er aber auch an naturwissenschaftlichen Themen arbeiten. Diese individuelle Lern- und Leistungsförderung gibt besonders lernschwachen

Schülern und Schülerinnen wieder Vertrauen in ihre Leistungen. Sie erleben sich vor allen Dingen gegenüber den jeweils jüngeren Kindern ihrer Lerngruppe auch als Helfer. Diese wichtige Lebenserfahrung bleibt lernschwachen Schülern und Schülerinnen in Jahrgangsklassen meist verwehrt.

In jahrgangsübergreifenden Klassen werden leistungsstarke Schüler und Schülerinnen ebenso in besonderem Maße gefördert. Ein leistungsstarker Erstklässler kann vom ersten Schultag an die Inhalte der 2. und 3. Jahrgangsstufe lernen. Dies nicht, weil das

Material dazu vorhanden ist, sondern weil ihm in seiner neuen Klasse mindestens 16 Zweit- und Drittklässler als erfahrene Lernpartner zur Verfügung stehen. Das gleiche Angebot findet ein Viertklässler vor, der gemeinsam mit Fünft- und Sechstklässlern lernt. In einer

JÜL-Klasse wird dem Tatbestand Rechnung getragen, dass sich leistungsstarke Schüler und Schülerinnen im sozial-emotionalen Bereich oft auf einer anderen Entwicklungsstufe befinden als im Wissensbereich. So stehen einem leistungsstarken Schulanfänger in seiner Klasse Lernpartner aus der dritten Jahrgangsstufe und Spielpartner aus der ersten Jahrgangsstufe zur Verfügung. Jül-Klassen haben ein anregendes Lernmilieu, das schwache und lernstarke Schüler und Schülerinnen im besonderen Maße fördert und fordert.

Anwendungsorientierter Spracherwerb

JÜL-LehrerInnen unterrichten auf der Grundlage der Reformpädagogik mit zeitgemäßen Unterrichtsmethoden: z.B. Freiarbeit, Projektarbeit, Klippert-Methoden, Wochenplanarbeit, Werkstattarbeit. Diese Unterrichtsmethoden fordern von den Schülern in hohem Maße kommunikative Kompetenz. Die Schüler und Schülerinnen

- lesen in Partnerarbeit Arbeitsanweisungen und überprüfen gemeinsam Ergebnisse
- diskutieren untereinander Problemstellungen und Arbeitsaufgaben
- erklären sich gegenseitig Sachverhalte
- vermitteln als Experten neuen Unterrichtsstoff
- erarbeiten gemeinsam Vorträge
- halten Vorträge vor Mitschülern und Eltern (Monatsfeier)
- lernen angemessenes Präsentieren ihrer Arbeitsergebnisse

Die nächste Tagung

Der Schulversuch JÜL wurde von der GEW BERLIN initiiert. In der Planungsphase wurde er insbesondere vom damaligen Berliner GEW-Vorsitzenden Erhard Laube, von Oberschulrat Dieter Sommerlatte aus der Senatsschulverwaltung und von Prof. Dr. Jörg Ramseger von der Freien Universität konzipiert. Am Schulversuch nehmen seit dem Schuljahr 1999/2000 acht Berliner Grundschulen teil. Pädagogisch begleitet wird der Schulversuch von Rosemarie Stetten, Konrektorin an der Rudolf-Wissell-Grundschule/Wedding, Tel. 90172-156

Am Samstag, den 4. Mai 2001, 9 bis 15 Uhr findet die 4. Fachtagung zum

Jahrgangsübergreifenden Lernen in Berlin statt. Veranstaltungsort ist die Werbellinsee-Grundschule, Luitpoldstr. 38, in Schöneberg nahe U-Bahnhof Nollendorfplatz.

Schwerpunkt ist diesmal der jahrgangsübergreifende Unterricht in der Klassenstufe 4-6. Informationen erhältlich bei der GEW BERLIN (Sabine Dübbers, Tel. 21 99 92 57)

• unterhalten sich über Lernstrategien und wenden sie an.

Dieser kommunikativer Austausch unter den Schülern und Schülerinnen ist gleichzeitig immer ein anwendungsorientierter Spracherwerb, denn er findet ausschließlich in realen Lernsituationen statt. Ein Beispiel: Ali, ein lernschwacher Migrantenjunge in einer Weddinger jahrgangsübergreifenden Lerngruppe 3-4 möchte anlässlich der bevorstehenden Monatsfeier einen kleinen Vortrag über Paul Klee halten. An der deutschen Sprache hatte Ali nie besonderes Interesse gezeigt. Bei den Proben zur Monatsfeier erkannte er nun eigenständig den stereotypen, sich wiederholenden Satzaufbau seines Vortrags. Hartnäckig forderte er von den Mitschülern und der Lehrerin Unterstützung bei der Verbesserung. Aus eigener Motivation nahm Ali den überarbeiteten Text zum Üben mit nach Hause. Bei der Monatsfeier erntete er für seinen gelungenen Vortrag ehrlichen Applaus.

Rosemarie Stetten/Heike Schreyer

Rosemarie Stetten,

Konrektorin an der Rudolf-Wissell-Grundschule, fachlich-pädagogische Begleitung des Schulversuchs JÜL

Heike Schreyer,

JÜL-Lehrerin an der Rudolf-Wissell-Grundschule



Vom Traumjob als LehrerIn zum

Psychosomatische Erkrankungen und Behandlungsstrategien

Der folgende Artikel ist der bayerischen GEW-Zeitschrift entnommen. Trotz seines regionalen Bezuges ist er auch für Berlin aussagekräftig.

ehrerInnen sind in der am-■bulanten wie der stationären Psychotherapie als Patienten auffallend häufig. Ärzte und Therapeuten wissen dies seit vielen Jahren, sprechen aber meist nur hinter vorgehaltener Hand darüber. Dies liegt nicht zuletzt chotherapeu-

tischen Brillen (die gelegentlich auch von PatientInnen getragen werden). Berufsbezo-

gene Aspekte

waren dabei bislang nur bedingt von Interesse. Dezidierte Untersuchungen zu einzelnen Berufsgruppen gibt es kaum. Begriffe wie Mobbing und Burnout, beide gleichermaßen eingängig wie schwer konzeptuell fassbar und zudem oft als Vorstufen "richtiger" psychosomatischer Erkrankungen aufgefasst, fanden erst unlängst Eingang in das therapeutische Vokabular. Traditionell fokussieren psychotherapeutische Konzepte auf die Art der Störungen, Diagnosen, (früh)kindliche Entwicklung und private Problemkonstellationen.

In der Klinik Roseneck werden im Jahr mehr als 200 LehrerInnen behandelt. Damit stellen sie die mit Abstand größte Berufsgruppe. Von dieser Beobachtung ausgehend versuchen wir seit einigen Jahren im Rahmen des Priener Lehrerprojektes systematisch psychosomatische Erkrankungen bei LehrerInnen, so wie sie sich aus klinischer Perspektive darstellen, näher zu untersuchen.

Only the facts

Laut statistischem Bundesamt waren 1998 437.812 verbeamtete LehrerInnen in Vollzeit und 229.059 in Teilzeit an deutschen Schulen tätig. Die meisten scheiden vor dem Erreichen des Pensionsalters aus. Da es diesbezüglich keine einheitliche, geschweige denn ausreichend differenzierte statistische Erfassung gibt und einzelne Bundeslänan den heute gängigen psy- der die Daten restriktiv be-

> LEHRERINNEN ZEICHNET SICH DURCH IDEALISTISCHE BERUFSMOTIVATION AUS.

DIE MEHRZAHL DER BEHANDELTEN

handeln, bleiben hier einige Fragen offen. Dass bis zu 90 Prozent der LehrerInnen vorzeitig aus ihrem Beruf ausscheiden, die meisten aus medizinischen Gründen, und davon wiederum 38 bis 50 Prozent aufgrund psychosomatischer/psychiatrischer Diagnosen, dürfte zumindest annäherungsweise den realen Verhältnissen nahekommen.

Aus Bayern, aufgrund einer von 1985 bis 1995 durchgeführten Erfassung von Herrn PD Dr. Weber aus Erlangen, liegen genauere Zahlen vor. Von den zur Feststellung von Dienstfähigkeit Amtsärzten vorgestellten LehrerInnen wurden etwa 80 Prozent als dienstunfähig beurteilt; 42 Prozent davon aufgrund psychischer Erkrankungen. Dienstunfähige Kolleginnen waren zu diesem Zeitpunkt 54, Kollegen 55 Jahre alt. Etwas mehr als die Hälfte war zuvor - im Alter von etwa 49 Jahren - stationär behandelt worden.

Klinische Verhältnisse

Bei Aufnahme in der medizinisch-psychosomatischen Klinik Roseneck sind LehrerInnen 50.9 + 7.7 Jahre alt, was recht exakt die oben skizzierten Daten spiegelt. 62,9 Prozent davon sind weiblich. Etwa 90 Prozent der Lehrer, aber nur 60 Prozent der Lehrerinnen sind verheiratet oder leben in fester Partnerschaft. Diagnostisch liegt bei den meisten dieser Patienten depressive Störung vor, gefolgt von somatoformen Störungen (subjektiv erlebten körperlichen Beschwerden ohne nachweisbare medizinische Ursache), Angststörungen und Tinnitus ("Ohrpfeifen"). Mehrheitlich gehen diese LehrerInnen davon aus, dass berufliche Belastungen in erheblichem Ausmaß zu ihren Beschwerden beitrugen. Auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht) bis 4 (sehr stark) wird die diesbezügliche Frage mit 3,3 + 0,7, die Parallelfrage zu privaten Belastungen signifikant niedriger mit 2,7 + 0,8 beantwortet. Auch bei der subjektiven Bewertung aktueller Probleme und Konfliktbereiche steht die Arbeitsbewältigung deutlich vor Partnerschaft und Familie. Diese Konstellation wird dadurch akzentuiert, dass im beruflichen Bereich kaum Möglichkeiten gesehen werden, hier selber positive Veränderungen bewirken zu können.

Von Risikofaktoren zu Behandlungsansätzen

Die Mehrzahl der behandelten LehrerInnen, verglichen mit einer u. a. nach Alter, Geschlecht und Praxiserfahrung parallelisierten Gruppe ge-



sunder LehrerInnen, zeichnet sich durch idealistische und teils wenig konkrete Berufsmotivation aus (Berufswahl als Möglichkeit, "neue gesellschaftliche Ideale ... umzusetzen"). Aus solchen Perspektiven, die zudem gelegentlich in Kombination mit perfektionistischen Selbstansprüchen auftreten, erwachsen nicht selten Selbstbilder wie dieses: "Wenn man nicht alles richtig macht, nicht auf jede Frage sofort die Antwort weiß, dann kann man kein Lehrer sein". Unter Verwendung eines von Professor Schaarschmidt, Potsdam, entwickelten Fragebogens zu "Arbeitsbezogenen Verhaltens- und Erlebensmustern" (AVEM) fällt zudem auf. dass unter den erkrankten LehrerInnen Konstellationen mit ausgeprägt hoher Resignationstendenz, eher defensiven Problemlösestrategien und eher geringem beruflichen Ehrgeiz signifikant häufiger sind. Das soziale Netzwerk der Erkrankten erscheint weniger dicht, die Qualität der Unterstützung wird in praktisch allen Bereichen als wenig tragfähig erlebt. Die Mehrzahl der erkrankten LehrerInnen geht davon aus, dass es ihnen eher

Alptraum



schadet als nützt, wenn die Kolleginnen von ihren Problemen erfahren!

Individuelle Behandlungsstrategien

Ausgehend von solchen, natürlich auf die individuelle Person hin zu konkretisierenden Aspekten, gilt es Lösungsansätze zu suchen. Im Rahmen der stationären Behandlung werden Einzeltherapie und verschiedene Gruppentherapien angeboten. Im Sinne der verhaltenstherapeutischen Ausrichtung der Klinik geht es darum, neben einem allgemeinen "Dampfablassen" sowie dem Erlernen von Entspannungstechniken und Stressmanagement gezielt Beschwerden zu reduzieren respektive die jeweilige Symptomatik zu bewältigen. Konkret geht es um Strategien, mit denen es perspektivisch gelingen kann, Problemen auf eine weniger belastende und mit höherer Lebensqualität verbundene Art und Weise zu begegnen. Je nach Symptomatik ist dabei Angst-, Depressions-, Schmerzoder auch Tinnitus-Bewältigungstherapie indiziert. In einem speziellen Training sozialer Kompetenz kann es

darum gehen auch im Beruf relevante Verhaltensmuster zu hinterfragen. Nicht, dass die allermeisten LehrerInnen sozial inkompetent wären! Dies beinhaltet jedoch durchaus nicht immer die Fähigkeit, Kollegen und der Schulleitung die eigenen Grenzen mitzuteilen. Manchmal besteht soziale Kompetenz auch in einer Weise, die es den Betroffenen selber schwer macht. Etwa wenn eigene Maßstäbe so konstituiert sind, dass sie weder von sich selber noch von anderen erreichbar sind.

Die Zeit danach

Sechs Monate nach der stationären Behandlung sind wieder (noch?) etwa 80 Prozent der behandelten LehrerInnen in ihrem Beruf tätig, teils mit reduziertem Stundendeputat. Retrospektiv bewertete die Mehrzahl die Behandlung als sehr hilfreich, vor allem in Bezug auf die Symptomatik, etwas weniger auf die Bewältigung beruflicher Probleme und Belastungen. Bei letzterem wurden von vorneherein geringere Möglichkeiten gesehen. Als Therapieangebot werden berufsbezogene Aspekte durchweg begrüßt. Neben den Therapien selber wird auch dem Austausch unter LehrerInnen-Mitpatienten hoher Stellenwert zugemessen. Die stationäre Behandlung nützt offenbar bezüglich der Bewältigung schulischer Belastungen, wobei dieser Aspekt ausbaufähig ist. Hieran wird gearbeitet ...

Ausblick

Psychosomatische Störungen bei LehrerInnen sind häufig, die Gründe hierfür vielfältig. Berufsspezifische Belastungsmuster, politische Rahmenbedingungen, die Situation in den Klassen, aber auch die individuellen Erwartungen, Kompetenzen und Strategien der LehrerInnen selber interagieren in einer - zumindest aus Sicht eines Psychotherapeuten - in vielen Fällen unglücklichen Art und Weise. Anstatt rechtzeitig nach konstruktiven Lösungen suchen, wird die "Schuld" vornehmlich dort gesehen, wo man selber eben nur den passiven Rückzug antreten kann: zu viele, lernunwillige, konzentrationsgestörte SchülerInnen, hoher Ausländeranteil, fordernd-passive Eltern, Schwer-

REGELMÄBIGE
SUPERVISIONSGRUPPEN
WERDEN ZU WENIG
VON LEHRERINNEN
PRAKTIZIERT.

fälligkeit der Behörden, Mobbing, niedriges soziales Ansehen des LehrerInnenberufes ... Psychotherapie – ambulant und wenn dies nicht ausreicht stationär - ist sinnvoll und hilfreich. Wenn damit die Hoffnung auf "Erhaltung der Dienstfähigkeit" verbunden ist, kommt sie aktuell in vielen Fällen zu spät. Oft sind die Würfel, die innere Entscheidung und/oder auch Schritte auf institutioneller Ebene schon längst gefallen. Die oben skizzierten Befunde zeigen, dass Reformen auch in Richtung einer verbesserten Ausbildung

von Lehrpersonen im Umgang mit schulischen Problemsituationen unabdingbar sind.

Aus Sicht eines Therapeuten, für den es inhaltlich zwingend und selbstverständlich ist, begleitend zur Ausbildung und zur Tätigkeit, regelmäßig Supervisionsgruppen zu besuchen (auf eigene Kosten und außerhalb der Dienstzeit), ist es schwer nachvollziehbar, warum dies bislang nur sehr wenige LehrerInnen praktizieren. Psychotherapie kann nur ein - in entsprechenden Konstellationen allerdings unverzichtbarer -Baustein im Rahmen übergreifender Lösungskonzepte sein. Psychotherapie hilft um so besser, nicht je mehr, sondern je früher und angemessener sie eingesetzt wird.

Auch hier gilt es Hemmschwellen zu überbrücken und blinde Flecken abzubauen ...

Andreas Hillert und Dirk Lehr

e-mail a.hillert @schoen-kliniken.de

Dr. med. Dr. phil. Andreas Hillert ist Facharzt für Psychiatrie, Psychotherapie und psychotherapeutische Medizin und arbeitet als Oberarzt an der medizinisch-psychosomatischen Klinik Roseneck. Dirk Lehr ist Diplompsychologe Kontakt: Medizinisch-Psychosomatische Klinik Roseneck, Am Roseneck 6, 83209 Prien,

Schule im Osten

ist als Thema für die April-Ausgabe geplant. Wir möchten folgende Fragen diskutieren:

- Was ist dran an den in der Presse erhobenen Vorwürfe gegenüber Ost-Schulen?
- Ausnahmen bestätigen die Regel? Welche positiven Erfahrungen gibt es?
- Können Schulpartnerschaften den Prozess der Annäherung beschleunigen?
- Gibt es spezifische Befindlichkeiten?
- Hat die GEW BERLIN die Diskussion darüber versäumt?

Diskussionsbeiträge/ Artikel bitte bis zum 2. März einreichen: blz@gew-berlin.de

febr./märz 2002



Mehr Gerechtig Bildungswesen

In der blz 1/02 haben wir Christoph Ehmanns Analyse der Hier folgt nun der zweite Teil mit

wie im Bildungswesen mehr soziale Gerechtigkeit

unächst ist zur Kenntnis zu nehmen, dass sehr viele Menschen sehr viel Geld aus ihrem Privateinkommen für Bildungszwecke aufwenden und dass sie dies in der Regel auf Grund einer privaten Kosten-Nutzen-Rechnung tun. Davon zu reden, dass Bildung öffentlich finanziert wird, ist deshalb bestenfalls die halbe Wahrheit.

Gleichbehandlung fördert schichtenspezifische Selektivität

Weil Bildung auch einen privaten Nutzen hat, wie hoch wir ihn auch immer einschätzen mögen, wurden neben den öffentlichen Leistungen aus Steuermitteln oder Kircheneinnahmen auch immer Mittel aus privatem Einkommen als Beiträge erwartet. Dabei wurden zunehmend soziale Aspekte berücksichtigt, d.h. Einkommensschwache von solchen Beitrags- und Gebührenzahlungen teilweise oder ganz befreit und ggf. darüber hinaus durch Beiträge zum Lebensunterhalt, Stipendien genannt, gefördert.

Die Entwicklung im Nachkriegsdeutschland ist dadurch gekennzeichnet, dass zum einen die Beitrags- und Gebührenbefreiungen zunächst auch auf die Besserverdienenden ausgedehnt wurden durch Einführung der Schulgeld-, Lernmittel- und Studiengebührenfreiheit - und in einem folgenden Schritt dann die Beiträge zum Lebensunterhalt für die Kinder aus einkommensschwachen Familien reduziert bzw. für Schülerinnen und Schüler nahezu vollständig abgeschafft wurden. Die Herstellung dieser Gleichbehandlung hat, wie aus den letztjährigen Statistiken über die soziale Herkunft von Abiturienten und Studienanfängern unschwer entnommen werden kann, die schichtenspezifische Selektivität des Bildungswesens wieder verschärft.

Die noch viel weitergehende Gleichbehandlung in der DDR forcierte folgerichtig in geradezu ständestaatlicher Weise die Selbstergänzung der Hochschulabsolventen (siehe Tahelle)

rung, sei es der leistungsschwachen, sei es der leistungsstarken oder der mit besonderen Interessen, in den privaten Bereich. Damit aber machen wir die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern nahezu ausschließlich von den Bedingungen abhängig, die in den Familien herrschen, in die sie zufällig hineingeboren worden sind.

Statt Gleichbehandlung eine Kultur der Unterschiedlichkeit

Wenn wir allen Kindern gleichermaßen gerecht werden wollen, müssen wir statt der Gleichbehandlung Differenzierung nicht nur erlauben. allem aber der Zeit, insbesondere der Tageszeit.

Mehr Förderung und Ganztagserziehung ist notwendig

Die Grundlegung aller Bildung - wobei ich nicht nur die intellektuelle, sondern auch die emotionale und soziale Bildung meine - erfolgt in den frühen Kinderjahren. Versäumnisse in der Bildungsförderung in dieser Zeit, also zwischen dem 1. und 6. Lebensjahr, prägen, von Ausnahmen abgesehen, den Erfolg in allen folgenden Bildungsphasen. Wer also mehr soziale Gerechtigkeit will, muss alle Anstrengungen in die Förderung von Kindern legen und zwar nun auch nicht nur bis zum 6. Lebensjahr, sondern bis in die Pubertät hinein, also bis zum 14./15. Lebensjahr.

Gerade weil 25, 30 oder auch 40 Prozent der Familien ihren Kindern nur wenig Hilfen bei der Erreichung schulischer Lernziele geben können, ist die Ganztagserziehung von Kindesbeinen an zu fördern. Ganztagskinderkrippen und Kindergärten sowie Ganztagsschulen müssen deshalb bis weit in die Sekundarstufe I hinein die Regelschulen werden. Um sich nicht dem Verdacht auszusetzen, die Kinder den Eltern entfremden zu wollen, sollte eine Anzahl von Halbtagsschulen als Angebotsschulen erhalten bleiben.

Ganztagserziehung nützt nicht nur den Einkommensschwachen, wenn die Ganztagsbildungseinrichtung nicht zu

Berufliche Qualifikation der Väter von Hochschulstudenten und der 45 – 50jährigen Männer insgesamt in Prozent (DDR)

	ohne	Facharb.	Meister	Fachs-A	Hochs-A	FS/HS
Väter						
1977	4	34	17	21	24	45
1982	1	34 25	13	22	39	45 61
1988	1	19	12	21	47	68
45-50jährige 1984 12,4 52,6 10,4 13,6 11,0 24,6						
(Quelle: Lenhardt, Gero/ Stock, Manfred: Bildung, Bürger, Arbeitskraft, FfM 1997)						

neben der unmittelbar finanziellen, also Gebühren und Beiträge betreffenden Dimensionen auch eine, die die gezielte pädagogische Förderung ausschloss und ausschließt, wie ich am NRW-Beispiel zum Förderunterricht in der 10. Hauptschulklasse veranschaulicht habe. Die für die Bildungseinrichtungen durchge-

setzter "Gleichbehandlungs-

maxime" verlegt die Förde-

Die Gleichbehandlung hatte

sondern fordern und fördern. Wir müssen dies auch tun im Wissen darum, dass am Ende nicht Gleichheit stehen wird, aber dass alle einen Mindeststandard erreichen, von dem wir annehmen, dass er zum Leben in dieser Gesellschaft notwendig ist. Das verlangt auf der anderen Seite, dass wir eine Kultur der Unterschiedlichkeit entwickeln und aushalten müssen. Dafür aber bedarf es der Räume, vor jenem Ersatz verkommt, der

keit im

Bildungsverhältnisse vorgestellt. Vorschlägen, erreicht werden kann.

> als "Schule mit ganztägiger Betreuung" oder ähnlich in die Un-Pädagogik einzugehen droht. Ganztagsbildungseinrichtungen können sich der unterschiedlichen Neigungen und Fähigkeiten sehr viel besser annehmen und damit sowohl leistungsstarke wie leistungsschwache Kinder und Jugendliche angemessen fördern.

Am Beispiel der Wirkung gestaffelter Kindergartenbeiträge habe ich deutlich gemacht, welche – ich unterstelle jetzt einmal um des lieben Friedens Willen: unbeabsichtigte - Folgen dieser Versuch der öffentlichen Hände, an mehr Geld zu kommen, haben kann. "Eine Sonderung der Schüler nach den Besitz- und Einkommensverhältnissen der Eltern" kann nur verhindert werden, wenn in den Bildungseinrichtungen vom Kindergarten an umfassend gefördert wird, das leistungsschwache Kind ebenso wie das leistungsstarke. Wir benötigen deshalb gute und gut ausgestattete Bildungseinrichtungen von der frühesten Stufe an. Und diese Bildungseinrichtungen, in denen es um die allgemeine, die Menschenbildung geht, müssen gebühren- und beitragsfrei sein, weil selbst jede Form der Staffelung entweder nur eine Pseudostaffelung ist, wenn sie nämlich die Spreizung der Einkommen nur geringfügig abbildet, oder aber zur sozialen Segregation führt. Es muss durch gute Arbeit alles getan werden, damit diese Einrichtungen für alle Eltern, unabhängig von deren Lehrerinnen und Lehrer auf

Einkommen und sozialer Stellung, attraktiv sind. Nur so führen sie junge Menschen aus allen sozialen Schichten zusammen und lassen sie das achtungsvolle Miteinander erfahren.

Die Wirtschaft muss sich auch finanziell beteiligen

Wenn der Zusammenhang von aktueller Bildungsteilnahme und späteren Einkommenschancen offensichtlicher wird, halte ich die Beteiligung der Einzelnen an diesen im wesentlichen öffentlich finanzierten, aber privat verwerteten Vorteilen für vertretbar. Für mindestens ebenso wichtig, wenn nicht gar für entscheidender hinsichtlich der Gesamtfinanzierung des Bildungswesens aber halte ich, dass wir einem wichtigen vom Bundesverfassungsgericht 1980 in seinem Urteil zur Ausbildungsplatzabgabe verkündeten Grundsatz endlich generell zum Durchbruch verhelfen, nämlich dass die Qualifikation der Arbeitskräfte Aufgabe, vor allem auch finanzielle Aufgabe der Arbeitgeber ist. Während noch 1975 eher 85 als 75 Prozent aller Hochschulabsolventinnen und -absolventen in die eine oder andere Form des öffentlichen Dienstes eintraten, allein 61 Prozent aller Universitätsexamina waren damals Lehramtsprüfungen, geht heute der größte Teil der Jungakademiker in die "private Wirtschaft". Die Bezahlung der Ausbildung für diese Berufstätigkeit aber erfolgt durch den Staat. Was wir benötigen, ist deshalb eine Beteiligung dieser privaten Wirtschaft an den Aufwendungen für die Hochschulausbildung. Vorbilder dafür können die Berufsakademien ebenso sein wie z.B. die Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes, deren Studierende auch nicht nur von einem Gehalt in Bafög-Höhe leben müssen. Warum, was für Inspektorenanwärter üblich, nicht auch für Lehramtsanwärter möglich sein kann, will mir nicht einleuchten. Wer seine zukünftigen

diese Weise gewinnt, der wird sich auch keine Sorgen um eine zu geringen Nachfrage nach dieser Ausbildung machen müssen.

Und zur Dualisierung der Ausbildung im Tertiären Bereich gehört selbstverständlich auch, dass sich die Beschäftigten an den möglichen Studiengebühren beteiligen. Denn in der heutigen betrieblichen Ausbildung wird die Teilnahme an Lehrgängen in Überbetrieblichen Ausbildungen (ÜAL) schließlich auch vom Arbeitgeber bezahlt.

Mehr Bildungsinvestitionen durch Umverteilung

Und schließlich ein Letztes: Wer nicht eine Ausweitung

von mir aus auch, um die Arbeitskosten zu senken, wer mehr Steuern von mehr berufstätigen Frauen will, der muss in Bildung investieren. Wer ein kulturvolles und soziales Umgehen im Miteinander will, wer Spitzenleistungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Dienstleistungen, wer unsere Gesellschaft zu einer noch lebenswerteren entwickeln will, der muss in Bildung investieren. Das bedeutet Umverteilung der vorhandenen Mittel, auch Umverteilung zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen, was zu Mehrbelastungen dort führt, wo es vertretbar ist, und zu Minderbelastungen bei jenen, bei denen sonst die Bildungsteilnahme unterbleiben müs-



der Zahl der Insassen in Jugendgefängnissen will, wer weniger Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für berufsvorbereitende Maßnahmen und außerbetriebliche Ausbildung von Schulabgängern will.

ste, Umverteilung auch zwischen öffentlichen und privaten Ausgaben, wo der private Nutzen eindeutig und erheblich ist, Umverteilung aber auch zwischen den Politikbereichen, denn gute Bil-

dungspolitik spart in manchem anderen Bereich viel Geld für nachsorgende Maßnahmen.

Unser allerschwierigstes Politikproblem ist, dass die positiven, auch finanziell positiven Folgen solcher Umverteilungen erst nach geraumer Zeit spürbar werden. Für eine Übergangszeit muss deshalb nicht nur den Politikerinnen und Politikern, sondern auch jedem einzelnen Wähler und jeder einzelnen Wählerin verständlich und einsichtig dargestellt werden, dass angesichts der Versäumnisse der Vergangenheit beides bezahlt werden muss, die Heilung der angerichteten Schäden und die Vermeidung neuer. Dabei werden wir uns sowohl von einer Mitwirkung an den Versäumnissen nicht ganz freisprechen können, wir werden aber vor allem glaubhaft machen müssen, dass dies nicht wieder nur eine Pseudoreform zugunsten der Geldbeutel jener ist, die in den letzten Jahrzehnten zwar viel von Chancengleichheit geredet haben, aber nur Gleichbehandlung meinten.

Hören wir endlich auf mit punktuellen Forderungen und Reförmchen. Wenn wir wirklich eine gute Zukunft für Berlin und für unser Land wollen, dann müssen wir uns der Anstrengung, das Gesamte sehen zu wollen unterziehen. Packen wir es an!

Christoph Ehmann Ehmann war zuletzt Staatssekretär im Kultusministerium Mecklenburg-Vor pommern sowie Mitglied im Sachverständigenrat der Hans-Böckler-Stiftung.





Unterzeichnung des Tarifvertrages, v.l.n.r. Norbert Konkol (ver.di), Bernd Jansen (Personalratsvorsitzender des Lette-Vereins), Ilse Schaad (GEW), Elke Handschumacher (Leiterin der Personalstelle im Lette-Verein), Gabrielle Post (Direktorin).

Sichere Arbeitsplätze beim Lette-Verein

Bildungseinrichtungen selbstständiger werden, dann werden tarifvertragliche Regelungen immer wichtiger. Mit dem Lette-Verein handelte die GEW eine neue Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung aus.

Die neue Vereinbarung enthält Regelungen zum Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen und Entlassungen, zur Personalplanung und Entwicklung, zur Zuordnung von Beschäftigten zum Personalüberhang, zum Einsatz von Beschäftigten während ihrer Zugehörigkeit zum Personalüberhang, zum Vergütungsund Besoldungsschutz für den Fall der Übernahme einer geringer bewerteten Tätigkeit, zur Förderung der Teilzeitbeschäftigung sowie der

Menn Schulen und andere Inanspruchnahme von Sonderurlaub von Beschäftigten, über die Gewährung von Altersteilzeit im Lette-Verein. zur Weiterführung der Angebote zum prämienbegünstigten Ausscheiden und zur Zusammenarbeit zwischen der Leitung des Lette-Vereins und den Beschäftigtenvertretungen bei der Umsetzung der Vereinbarung.

Mit der neuen Vereinbarung genießen auch die ArbeitnehmerInnen des Lette-Vereins den besonderen Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen bis zum 31.12.2004.

Über den vollständigen Wortlaut der Regelungen können sich Beschäftigte beim Personalrat des Lette-Vereins oder beim Referat A der GEW BER-LIN informieren.

Seminar-Angebot

Schaffe ich die Schule oder schafft die Schule mich? Seminar für LehrerInnen ab 50. 28. Februar bis 3. März im Haus Sonnenberg in St. Andreasberg.

Das Seminar kostet 220 Euro, davon trägt die GEW für ihre Mitglieder 100 Euro sowie die Fahrtkosten. Bitte möglichst umgehend anmelden bei: Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg, Gerd Meister, Bankplatz 8, 38100 Braunschweig, Fax. 0531 243 64 50 oder Sonnenberg@tu-clausthal.de

Schmerzensgeld bei Mobbing

ArbeitnehmerInnen können vom Arbeitgeber Schmerzensgeld wegen Mobbing verlangen, wenn hierzu bestimmte Vorausetzungen erfüllt sind. Sie müssen konkret darlegen, dass es sich bei dem Verhalten "um dauerhafte systematische und degradierende oder beleidigende Handlungen" gehandelt hat und sie dadurch "psychisch beeinträchtigt" wurden (Arbeitsgericht Lübeck, Aktenzeichen 2 Ca 1850b/00). Im April 2001 hatte das Landesarbeitsgericht Thüringen in einem Urteil festgestellt, dass es sich bei dem Begriff "Mobbing" um einen eigenständigen juristischen Tatbestand handelt und ihn folgendermaßen definiert: "Im arbeitsrechtlichen Verständnis umfasst dieser Begriff fortgesetzte, aufeinander aufbauende oder ineinander übergreifende, der Anfeindung, Schikane oder Diskriminierung dienende Verhaltensweisen, die nach Art und Ablauf im Regelfall einer übergeordneten, von der Rechtssprechung nicht gedeckten Zielsetzung förderlich sind und jedenfalls in ihrer Gesamtheit das allgemeine Persönlichkeitsrecht oder andere ebenso geschützte Rechte wie die Ehre oder die Gesundheit eines Betroffenen verletzen." Heidemarie Kralle

Keine Zwangsteilzeit

Die Anordnung einer Teilzeitbeschäftigung für Lehrerbeamte ist rechtswidrig, hat das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen entschieden. Geklagt hatten vier Grundschullehrerinnen, denen nach ihrer Einstellung vom Land Nordrhein Westfalen eine Teilzeitbeschäftigung von 75 Prozent verordnet worden war.

GEW-Wahlen: Termine der Wahlversammlungen

In der blz 11/2001 wurde das Wahlausschreiben veröffentlicht, weitere Hinweise zum TOP Wahlen sind zuletzt in der blz 1/02 abgedruckt worden. Hier deshalb nur die bislang feststehenden Wahltermine.

Gremien / Untergliederung	Termin	Ort
Fachgruppe Jugendbil-	19.02.02	GEW-Haus
dung/-sozialarbeit	19:00 Uhr	Ahornstraße 5 10787 Berlin
Bezirk Reinickendorf	20.02.02	GEW-Haus
	19:30 Uhr	Ahornstraße 5 10787 Berlin
Fachgruppe Tageseinrich-	21.02.02	GEW-Haus
tungen für Kinder	18:00 Uhr	Ahornstraße 5 10787 Berlin
Fachgruppe	26.02.02	OSZ Verkehr
Gewerbliche Schulen	18.00 Uhr	Dudenstraße 35-37 10965 Berlin
Fachgruppe	26.02.02	OSZ Verkehr
Kaufmännische Schulen	18.00 Uhr	Dudenstraße 35-37 10965 Berlin
Abt. Berufsbildende	26.02.02	OSZ Verkehr
Schulen	19.00 Uhr	Dudenstraße 35-37 10965 Berlin
Landesausschuss	28.02.02	GEW-Haus
für Frauenpolitik	19:00 Uhr	Ahornstraße 5 10787 Berlin
Fachgruppe	02.03.02	GEW-Haus
Erwachsenenbildung	15:00 Uhr	Ahornstraße 5
		10787 Berlin
Fachgruppe	04.03.02	GEW-Haus
Sonderpädagogik	18.00 Uhr	Ahornstraße 5 10787 Berlin
Fachgruppe	05.03.02	GEW-Haus
Schulsozialarbeit	18:00 Uhr	Ahornstraße 5 10787 Berlin
Bezirk Pankow	06.03.02	Camille-Claudel-
	18:00 Uhr	Oberschule, Eugen-
		Schönhaar-Str. 18
Bezirk Friedrichshain-	00 02 02	10407 Berlin
Kreuzberg	06.03.02 18:00 Uhr	Hector-Peterson- Oberschule
Kieuzbeig	16.00 0111	Tempelhofer Ufer 15
		10963 Berlin
Fachgruppe Hauptschulen	12.03.02	Werner-Stephan-
	19.30 Uhr	Oberschule
		Alt-Tempelhof 53-57 12103 Berlin
		Cafeteria
Bezirk Charlottenburg-	12.03.02	Grundsch. am Rüdes-
Wilmersdorf	19:00 Uhr	heimer Platz, Rüdes-
		heimer Str. 24-30,
		14197 Berlin, Eingang neben Stadtbücherei
		Heben Stautbucherer

Gremien / Untergliederung	Termin	Ort
Bezirk Neukölln	13.03.03	Boddinstraße 41-42,
	19:30 Uhr	Raum B 1.41-42
Bezirk Tempelhof-	13.03.02	OSZ Verkehr
Schöneberg	19:00 Uhr	Dudenstraße 35-37 10965 Berlin
Bezirk Treptow-Köpenick	13.03.02	Schulamt
	18:00 Uhr	Freiheit 15 12555 Berlin
Bezirk Marzahn-Hellersdorf	13.03.02	Werner-von-Siemens-
	19.00 Uhr	Oberschule, Allee
		der Kosmonauten 134 12683 Berlin
Bezirk Lichtenberg	13.03.02	Robinson-
	17:30 Uhr	Grundschule (13. G)
		Wönnichstraße 7
		10317 Berlin
Bezirk Spandau	13.03.02	GEW-Haus
	19.00 Uhr	Ahornstraße 5
		10787 Berlin
Bezirk Mitte	14.03.02	GEW-Haus
	19:00 Uhr	Ahornstraße 5
		10787 Berlin
Junge GEW	14.03.02	GEW-Haus
	19:00 Uhr	Ahornstraße 5 10787 Berlin
Bezirk Steglitz-Zehlendorf	14.03.02	Fichtenberg-Ober-
	19:30 Uhr	schule (Zeichensaal)
		Rothenburgstraße 18
		12165 Berlin
Abteilung Wissenschaft	10.04.02	
	18:30 Uhr	
Fachgruppe Gesamtschulen	17.04.02	GEW-Haus
	19.00 Uhr	Ahornstraße 5
Facility of Calculation (Calculation	10.04.02	10787 Berlin
Fachgruppe Schulaufsicht	19.04.02	GEW-Haus Ahornstraße 5
Fachgruppe Sozialpäda-	22.04.02	10787 Berlin GEW-Haus
gogische Aus-, Fort-	18:00 Uhr	Ahornstraße 5
und Weiterbildung	10.00 0111	10787 Berlin
Fachgruppe Gymnasien	24.04.02	GEW-Haus
J 11 . 27		Ahornstraße 5
		10787 Berlin



werden jetzt antworten: "Der Schulleiter." Weit gefehlt! Die wirkliche Macht und Kontrolle übt ein anderer aus. Darüber sollte uns sein äußeres Understatement (grauer Kittel, blaue Latzhose, Leiter und Besen) nicht hinwegtäuschen. Diese Tarnung soll nur von den wahren Insignien seiner Amtsgewalt ablenken, von dem riesigen Schlüsselbund, das ihn mit seinem Gewicht zu Boden zieht. Mag sein, dass der Schulleiter über Umsetzung und Verbleib des pädagogischen Inventars entscheiden darf, aber dem Schulhausmeister obliegt es, wann, wie (und ob überhaupt...) alle übrigen Anordnungen ausgeführt werden. Ohne seine Zustimmung finden keine Elternabende und Abiturfeste statt. Bei Konferenzen, die sich ungebührlich um zehn Minuten verlängern, schreitet er mehrfach die Reihen ab und klappert drohend mit seinem Schlüsselbund. bevor er das Licht ausschaltet und den Parkplatz verbarrikadiert. Selber schuld, wer dann noch seinen Wagen da stehen hat. Auch die weinende Kollegin hat Pech. Sie hat vor der Konferenz ihre Schultasche samt Hausschlüssel im oberen Stockwerk deponiert. Das ist längst mir Stahlketten verriegelt und an die Alarmanlage angeschlossen. Muss sie halt woanders übernachten!

kleinmädchenhaftes Betteln, dass ihr noch einmal großmütig aufgetan wird.

Der Hausmeister verteilt mit Fingerspitzengefühl die nötigen Schulschlüssel an die Lehrerinnen und Lehrer. Wer anmaßend meint, für ihn habe der Hausmeister devot zu spuren, wird lange, lange Zeit ohne den wichtigen Toilettenschlüssel bleiben und muss sich in den dreckigen Schülerpissoirs rumdrücken. Auch sein Schreibtisch wird auf ewig unverschließbar sein. Schade, schade - manche Schlüssel müssen eben sehr aufwendig nachgefertigt werden... Diesen Prozess kann selbst der Schulleiter durch höfliches Nachfragen nicht beschleunigen.

Braucht eine Kollegin zusätzliches Mobiliar für den Klassenraum (gar eine kleine Luxus-Stehtafel, ein Schränklein oder einen Bilderrahmen) muss sie beim Hausmeister einen ausführlich begrün-Es sei denn, sie schafft es deten Antrag in dreifacher

Ausfertigung einreichen. Wenn sie bescheiden abwartet. wird ihr vermessener Wunsch vielleicht eines fernen Tages erfüllt. Geht sie petzen und beschwert sich, wird sich im riesigen Kellertrakt nirgends auch nur ein einziges Holzbrett auftreiben lassen.

Der Hausmeister überwacht den Schulparkplatz und verteilt bei Bedarf handgeschriebene Zettel: "Sie parken hier widerrechtlich! Entfernen Sie umgehend Ihr Fahrzeug, oder es wird abgeschleppt!" Er bestimmt - je nach Tageslaune -, wer von den Kollegen sein teures Rennfahrrad mit ins Lehrerzimmer schieben darf. Morgens öffnet der Hausmeister sämtliche Schultore. Nette Kinder lässt er manchmal schon lange vor den regulären "Öffnungszeiten" ins Gebäude. Kollegen, die ihren Schlüssel vergessen haben, stehen zur Strafe etwas länger vor der Tür. "Ich hatte gerade einen Rohrbruch / einen

Feueralarm/einen Wanddurchbruch!", erklärt der Hausmeister grimmig, wenn er ihnen kurz vor Schulbeginn öffnet. Der Hausmeister trifft auch pädagogische Beurteilungen. Und zwar nicht dezent und verdruckst in der Personalakte, sondern offen und klar: "Der Fischbach will Lehrer sein? Da lachen ja die Hühner! Der hat wahrscheinlich vorher an einer Baumschule gearbeitet!" Die Kinder, die gerade im Flur herumrennen und intensiv auf Wandzettel starren, schickt er in den Klassenraum zurück: "Laufdiktat? Wer hat sich denn diesen Schwachsinn ausgedacht? Die Kollegin Krümpel? Das hätte man sich auch gleich denken können!"

Mehrfach im Jahr (immer, wenn Elternsprechtage oder öffentliche Schulbegehungen anstehen) übermalt der Hausmeister die Schülerkrakeleien an den Wänden. Ganz aus Versehen auch das Wandgemälde, das Kollege Fischbach mit seinen Schülerinnen und Schülern begonnen hat. Der Kollege versucht vorsichtig, deshalb beim Hausmeister vorzusprechen, aber natürlich kommt er nicht zu Wort. "Ich soll Kunstwerke zerstört haben? Mann, wenn das Kunst war, dann bin ich der König von Frankreich!"

Die Lehrer fluchen leise über den Hausmeister. Sie spicken kleine Woodoo-Puppen mit Nadeln, um ihn zu beschwören, aber es nützt nichts. Manchmal wirken sich dezente Weihnachtsgratifikationen in flüssiger Form förderlich auf die Zusammenarbeit aus zumindest ein paar Tage lang. Gut fahren manche Lehrer, die sich nicht qua Amt und Würden für etwas Besseres halten. Letztendlich eint alle Kollegen eins: Wenn es Ärger mit schulfremden Jugendlichen gibt, die sich verdächtig im Gebäude rumdrücken, dann rufen alle vereint nach dem kräftigen Hausmeister, damit er die Unruhestifter mit seinem großen Besen aus der Schule fegt.

Gabriele Frydrych

denn sie wissen nicht, was sie tun!

Im Widerspruch zu den gerade abgeschlossenen Hochschulverträgen wollen SPD und PDS erhebliche Kürzungen vertragswidrig im medizinischen Bereich der Freien Universität durchsetzen. Einer, der davon etwas versteht, zeigt den Nichtmedizinern, die diese Koalitionsvereinbarung ausgehandelt haben, welchen Schaden sie Berlin zufügen werden.

ie Wahl kaum und knapp gewonnen, erklärt die Berliner SPD, dass sie das Universitäts-Klinikum Benjamin Franklin (UKBF) in ein Bezirkskrankenhaus umwandeln will und verschweigt, dass sie in Wirklichkeit beabsichtigt, die gesamte medizinische Fakultät der Freien Universität (FU) zu schleifen. Inzwischen ist es zwar leider schon soweit gekommen, dass niemand mehr allzu viel auf die Wahlaussagen der Parteien gibt. Doch das traurige Faktum, dass die Berliner SPD vor der Wahl erklärt, bei Bildung, Wissenschaft und Kultur nicht sparen, sondern sie sogar noch fördern zu wollen, nach der Wahl dann aber gleich eine ganze medizinische Fakultät schleift, ist in der bundesrepublikanischen und deutschen Geschichte ein einmaliger Vorgang. Damit wird nicht nur der Forschung in Berlin ein Tiefschlag ver-

setzt, sondern gleichzeitig eine milliardenschwere Investition zu Lasten des Steuerzahlers völlig entwertet. Berlin sinkt im Ländervergleich universitätsmedizinisch auf den letzten Platz (eine Medizin-Fakultät pro dreieinhalb Mio. Einwohner).

Die FU und ihre medizinische Fakultät rangieren im bundesrepublikanischen Universitätsvergleich an vorderer Stelle. Die rein finanzielle Begründung für das Vorhaben ist abenteuerlich, dazu noch falsch und rational nicht nachvollziehbar - eine Milchmädchenrechnung:

a) Investitionen in den Bau UKBF müssen so oder so getätigt werden, unabhängig davon, ob es es eine universitäre oder städtische Klinik ist. Und selbst wenn ein sogenannter "Investor" gefunden werden sollte, wird das Land Berlin diese Investitionen entweder direkt - über Subventionierung des Käufers - oder indirekt - indem es Klinik und Gelände verschenkt bezahlen müssen.

b) Die 4700 Medizinstudenten des UKBF werden mit Sicherheit nicht von der Charité übernommen werden können, ohne dass auch der Hochschulzuschuss, den bislang das UKBF bekommt, an die

DIE FINANZIELLE BEGRÜNDUNG IST EINE MILCHMÄDCHENRECHNUNG

Charité transferiert wird. Wo

die Zahl der Patientenbetten und der Hochschullehrer an der Charité für dann z. Zt. ca. 10000 Medizinstudenten aus-

- c) Berlin wird dreistellige Millionenbeträge, die im Rahmen der von Bund und Land zu gleichen Teilen im Rahmen des Hochschulbauförderungsprogramms gezahlt wurden, an den Bund zurückzahlen müssen.
- d) Es werden Dutzende von Millionen Euro jährlich für eine neue Überhangliste bezahlt werden müssen, für die Mitarbeiter, den akademischen Mittelbau und auch für Professoren, da nur 23 Prozent der Professoren in den nächsten fünf Jahren in Rente oder Pension gehen, nicht 80 Prozent, wie von Wowereit und Strieder behauptet wird.
- e) Eine nachgewiesenermaßen leistungsfähige medizinische Fakultät wie die der FU stellt mit ihren Kliniken, ihren vorklinischen und klinischen In-

stituten sowie vor allem auch mit ihrem hochqualifizierten Personal und den mühsam aufgebauten und in

den letzten Jahren optimierten Strukturen einen volkswirtschaftlichen Wert von mehren Milliarden dar. Diese Investition wird mutwillig entwertet und gleichzeitig noch eine Universität, die ebenfalls zur Spitze in Deutschland gehört, demoliert.

bleibt da die Einsparung? Außerdem kann die Charité diese Menge von Studenten nicht übernehmen, ohne dass Bauinvestitionen in Laborund Seminarräume in mehrfacher Millionenhöhe getätigt werden. Fraglich ist auch, ob anzeige

24 Std. INFOLINE 69 58 210 FAXABRUF 69 58 22 30 WWW.PASSAT-REISEN.DE 10961 KREUZBERG 10551 TIERGARTEN 13349 WEDDING 10245 FRIEDRICHSHAIN 10825 SCHÖNEBERG Waldstraße 60 Boxhagener Straße 123 Grunewaldstraße 44 Müllenstraße 59a U-Bhf. Bayrischer Platz Mo-Fr 10-19 / Sa 10-15 21 28 06 - 0 Ecke Turmstraße U-Bht. Rehberge U-Bht Frankfurter Tor www.passat-reisen.de Fincas, Casas, Casitas... auf den Kanaren mit angenehmen Temperaturen auch im Winter bestens geeignet für einen natumahen, ruhigen Badeurlaub. Das Reiseportal im Internet - Direkt online buchen - Linien- & Charter-Special: Last Minute mit Kindern - Alle Infos rund Zum Beispiel La Palma Casa Blanca ums Reisen Versteckte Badebuchten, ausgedehnte Kiefern-Traumhaus in bester Lage bei Los Llanos. Schöner wälder, riesige Bananenplantagen, tiefe Barrancos Surfen Sie rein, und ge-Garten, 2 Terrassen, 2 Schlatzimmer, großer & wildzerklüftete Felslandschaften. Küchen-Wohnbereich, Bad, Sat-TV, Großer Pool winnen Sie einen Freiflug AERO LLOYD Die Kanarische Schweiz - kks/ auch zum Wandern! (night beheizbar). für 2 Personen von Fly my way Bis 2 Personen € 41,- pro Tag, jede weitere Viele Top-Angebote und Reise-Infos auch im Internet. Person € 8,-/Tag, Kinder bis 12 Jahre frei. Flüge weltweit - Pauschalreisen - Täglich aktuelle Last-Minute-Listen



Protest gegen die Schließung des Klinikums beim SPD-Parteitag Foto: Wolfgang Borrs

🕈 f) Es gehen der Fakultät tuelle Demontage der FU und und damit dem Land in den nächsten Jahren Forschungsmittel von Drittmittelgebern in Höhe dreistelliger Millionenbeträge verloren. Da die Wissenschaftspolitik in Berlin schon seit 10 Jahren nicht mehr berechenbar ist und diese Unberechenbarkeit jetzt eindeutig dokumentiert ist, werden sich darüber hinaus alle Drittmittelgeber sehr genau überlegen, ob sie ein Forschungsprojekt nach Berlin vergeben.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass Strieder laut Zeitungsberichten geäußert hat, er würde dafür sorgen, dass die Drittmittel der FU-Fakultät nunmehr der Charité zugute kämen. Bemerkenswert ist dies, weil Strieder offensichtlich nicht weiß, dass diese Forschungsmittel an Personen und Projekte gebunden sind. Die Universität als Institution und erst recht die Buchhalter des Landes Berlin können darüber nicht verfügen. Es scheint so, dass offensichtlich uninformierte und unwissende Politiker, die auch nicht ansatzweise eine Vorstellung von Universitäts- und Forschungs-

strukturen haben, schwerwiegende Entscheidungen zum Nachteil des Landes Berlin treffen.

Durch die nicht nachvollziehbare "Sparrechnung" fügen die SPD/PDS-Finanzpolitiker dem von ihnen immer wieder zitierten Wissenschaftsstandort Berlin schweren auch finanziellen - Schaden zu. Darüber hinaus belasten sie durch die ak-

die damit verbundene Vernichtung milliardenschwerer Investitionen bereits jetzt absehbar zukünftige Landeshaushalte mit garantiert notwendig werdenden Investitionen in Milliardenhöhe. Erklär-

termaßen sol-Rerlin len und Brandenburg fusionieren Dieses Bundesland, das in 5-15

Jahren realisiert sein soll, verfügt dann bei sechs Mio. Einwohnern über nur eine Volluniversität (Humboldt) und nur eine Medizin-Fakultät. Das reicht bei weitem nicht, um den eigenen Bedarf z.B. an Ärzten auszubilden.

Mecklenburg-Vorpommern hat bei 1,8 Mio. Einwohnern zwei Medizin-Fakultäten. Bavern bei 12 Mio. Einwohnern fünf Medizin-Fakultäten und sechs Uni-Klinika, davon allein drei (mit München Innenstadt) in München. Mal abgesehen davon, dass Herr Stoiber sich ob soviel Berliner Dummheit ins Fäustchen lachen wird - die anderen Bundesländer werden es nicht hinnehmen, dass Berlin sich die Kosten für

eine ausreichende Zahl eigener Universitätsabsolventen und Medizinstudenten spart und diese dann aus den anderen Bundesländern auf deren Kosten importiert. Das heißt aber, dass in Zukunft wieder eine zweite Medizinfakultät für die Region Berlin-Brandenburg errichtet werden muss. Und das wird mit allen Kliniken sowie klinischen und vorklinischen Instituten allein an Bauinvestitionen Milliarden Euro kosten. Zur Erinnerung: Allein der Umbau des Rudolf-Virchow-Krankenhauses zu einer Uni-Klinik - ohne vorklinische Institute - hat vor über 10 Jahren bereits 1,5 Milliarden DM gekostet. Übrigens ging dies zu Lasten der FU und des UKBF, in das während dieser Bauzeit und leider auch später gemessen am Bedarf so gut wie nichts investiert wurde.

Aber möglicherweise sehe ich ja alles zu negativ, anstatt positiv zu denken. Vielleicht ist es ja nur Ausdruck der allseits auch von Politikern geforderten Flexibilität im Denken, wenn diese Politakteure einen Hochschulvertrag erst

HERR STOIBER WIRD SICH OB SOVIEL BERLINER DUMMHEIT INS FÄUSTCHEN LACHEN

unterschreiben und

fünf

Monate später zur Makulatur machen. Auch der sich bereits abzeichnende Mangel an Ärzten, der prospektiv durch die Schließung der Fakultät verstärkt werden wird, ist positiv zu sehen. Muss ein Patient nur lange genug auf die Behandlung warten, erledigt sich (und den Patienten) manche Krankheit selbst. Das spart Kosten. Und wenn Medizin- und Biotechnikfirmen sich lieber in München als in Berlin niederlassen, weil dort in drei Uni-Kliniken mehr Forschungskompetenz versammelt ist als in der dann noch einzigen Uniklinik in Berlin: ist doch gut so, weil dann auch keine Wirtschaftsförderung für diese Zukunftsfirmen

gezahlt und noch mal Geld gespart wird. Und außerdem: Die Chefs dieser zukunftsträchtigen Firmen werden sowieso hin und wieder nach Berlin kommen, um eines der zahlreichen staatlichen und reichlich subventionierten Opern- und Schauspielhäuser zu besuchen. Das bringt auch Geld in die Stadt. Was die Zahl der Musentempel angeht, kann München nämlich wirklich nicht mit Berlin konkurrieren.

Auf diese Art spart Berlin sich reich und kann dann das Milliardendebakel bei der Bankgesellschaft mit links bezahlen. Im übrigen lag ich wahrscheinlich völlig falsch, als ich glaubte, die beste Wirtschaftsförderung sei die Förderung der Universitäten und der Forschung. Die Firmen und ihre Inhaber sehen es sowieso lieber, wenn das Geld direkt auf ihren Konten landet. Damit können sie schnell kaufen, was gerade "in" ist, notfalls auch die Patente aus dem Ausland.

Insoweit ist es doch positiv, dass Wowereit und Strieder

weder beim "Berlin Marketing" noch bei den Subventionen für Betriebe aller Art sparen wollen. Bezogen auf die Koalitionsvereinbarung hat die amtierende Wissenschaftssenatorin sicher Unrecht – oder

"Wir zerstören viel mehr an Zukunft, als wir es für 190 Mio. DM wieder einkaufen können. Ich hätte mir erheblich mehr an Phantasie, Kreativität und Feuer für den Wissenschaftsstandort Berlin schon gewünscht." (Wissen-

schaftssenatorin A. Goehler, Berlin, 20.12. 01). Dem ist nichts hinzuzufügen!

Dr. med. Jürgen Link ist apl. Prof. für Anaesthesiologie am Benjamin Franklin und Mitglied der "Kommission für Forschung"der FU.

etwa doch nicht?



'n der blz 11/01 hatten wir **L**über die Anfechtung der GPR-Wahl vom Dezember 2000 berichtet, in deren Folge der GPR neu gewählt werden musste. Die Neuwahl fand im Dezember letzten Jahres statt – und war erneut ein schöner Erfolg für die GEW BERLIN, die sich mit einer Angestelltenliste und

Erfolg für die GEW BERLIN

Neuwahl des Gesamtpersonalrats der Humboldt-Universität

gemeinsamen Liste an der Wahl beteiligte. Die GEW, die nur im HU-Hochschulbereich personell verwurzelt und

bei den Beamten mit einer organisiert ist, konnte ihr sehr gutes Ergebnis vom Dezember 2000 wiederholen (Zahl der Mandate) und bei den Absolutstimmen sogar

noch leicht zulegen (s. Übersicht). Sie ist im Angestelltenbereich drittstärkste Liste und errang drei der vier Beamtensitze. Stärkste Kraft wurde eine freie Liste aus dem Charité-Bereich, die sehr engagiert den dort laufenden Privatisierungsbestrebungen entgegentritt. In der konstituierenden Sitzung wurde Kordula Schulz (GEW) einstimmig zur Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates gewählt. Dies wurde sowohl durch das sehr gute Wahlergebnis als auch durch die konkreten Erfahrungen in der Arbeit des GPR in der Zeit vor der Wiederholungswahl ermöglicht.

Wir wünschen dem neuen GPR viel Kraft für die bevorstehende Zeit, kommen doch demnächst richtig große Brocken auf ihn zu – die sich abzeichnenden Veränderungen in der Berliner Universitätsmedizin, die weitere Beschäftigungssicherung an der HU, Novellierungen der Hochschulgesetze usw.

Wolfgang Mix /Rainer Hansel

Gesamteraebnis und	Stimmenverteilung in	n den örtlichen Bereichen

Liste	Hoch schul bereich	Charité	Stud. Beschäf- tigte	Campus Buch	Gesamt	Sitze 2001	Sitze 20001) (von)
ANGESTELLTE (21 Sitze)							
1 ver.di für die Charité	23	574	5	2	604	6	8 (22)2)
2 ver.di/HS-Bereich	341	9	9	0	359	3	8 (22)2)
3 GEW BERLIN	483	26	52	0	561	6	6 (22)
4 FÜR UNSERE CHARITÉ	17	549	3	66	635	6	3 (22)
5 Offene Liste	10	50	1	0	61	0	1 (22)
BEAMTE (4 Sitze)							
1 ver.di für die Charité	3	8	0	0	11	0	0 (3)
2 ver.di/HS-Bereich	23	0	0	0	23	1	0 (3)
3 GEW + FÜR UNSERE CHARITÉ	26	38	0	0	64	3	3 (3)3)
ARBEITER (4 Sitze)							
1 ver.di für die Charité	9	118	0	2	129	2	4 (4)2)
2 ver.di/HS-Bereich	70	1	0	0	71	1	4 (4)2)
3 FÜR UNSERE CHARITÉ	2	61	0	0	63	1	0 (4)

(Quellen: Mitteilungen der örtl. Wahlvorstände und des Gesamtwahlvorstandes)

1) die Liste Campus Berlin-Buch erzielte im Dezember 2000 im Bereich der Angestellten 3 der 22 Mandate, die DAG-Liste 1 Mandat

2) gemeinsame ÖTV-Liste im Dezember 2000

3) im Dezember 2000 traten die Listen GEW Berlin (2 von 3 Sitzen) und unikat: FÜR UNSERE CHARITÉ (1 von 3 Sitzen) getrennt zur Wahl an

anzeige

BANK FÜR ALLE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Beamten Darlehen

Geringe monatliche Raten

Flexible Rückzahlung

Laufzeiten 12 - 120 Monate

Ablösung bestehender Kredite

Kredit online: www.abkbank.de



ÖFFNUNGSZEITEN: MONTAG – FREITAG 9 – 18 UHR · RANKESTR. 34 BIS 19 UHR

INVALIDENSTRASSE 28 · AM NORDBAHNHOF 10115 BERLIN · TELEFON 030-285 350

RANKESTRASSE 34 · AN DER GEDÄCHTNISKIRCHE 10789 BERLIN · TELEFON 030-210 95 95

HEGELALLEE 14 · AM JÄGERTOR 14467 POTSDAM · TELEFON 0331-298 670

LER – Ein guter Kompromiss aus Karlsruhe?

Es ist das zweite Mal in der Geschichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG), dass es in einem Rechtsstreit einen Vergleich anstrebt. Weshalb dieser Weg von den obersten Richterinnen und Richtern in Karlsruhe beschritten wurde, darüber können wir nur spekulieren.

Länderverantwortung

Klar ist in jedem Fall, dass das BVerfG das Unterrichtsfach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde mit seinem Vorschlag als Unterrichtsfach verfassungsrechtlich nicht in Frage stellt. Dies war auch nicht zu erwarten, denn bereits das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 17. Juni 1998 hat den Ländern eingeräumt, in eigener Verantwortung ein Unterrichtsfach zur Wertevermittlung einzuführen.

Kein Pflichtfach

Gleichwohl erfolgt aber in dem Vorschlag nicht die Anerkennung von LER als Pflichtfach für alle SchülerInnen, so wie es vor allem von den brandenburgischen Sozialdemokraten beabsichtigt war. Dies lässt sich nach meiner Auffassung vor allem aus einem Punkt des BVerfG-Vorschlages ableiten: "Schülerinnen und Schüler, deren Eltern gegenüber der Schule erklären, dass ihr Kind wertorientierten Unterricht zu den Gegenstandsbereichen des Faches Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde allein in Form des Religionsunterrichts erhalten soll, und den Besuch eines solchen Unterrichts nachweisen, sind von der Verpflichtung zur Teilnahme am Unterricht in dem Fach LER befreit." Nach dieser Regelung können sich die SchülerInnen vom Unterricht im Fach LER einfacher als bisher abmelden.

Wahlpflicht?

Aber: Von welchem Unterrichtsfach, das kein Wahl-

Die GEW BERLIN sieht ihre Position durch ein neues
Urteil aus Karlsruhe zum LER-Streit in Brandenburg
bestätigt. Es unterstützt die Beibehaltung des
uneingeschränkt freiwilligen konfessionellen Religionsunterrichtes und stärkt LER als ordentliches Pflichtfach.
Die stellv. Vorsitzende der GEW BERLIN, Sanem Kleff,
fordert Konsequenzen für Berlin, der Senat müsse ein
neues Berliner Modell entwickeln. Weniger positiv ist
die folgende Einschätzung aus Brandenburg.

pflichtfach ist, können sich SchülerInnen befreien lassen? Auch wenn es in dem Vorschlag des BVerfG nicht explizit formuliert ist, würde de facto ein Wahlpflichtbereich LER/Religion entstehen, wie er von den Kirchen und CDU immer wieder gefordert wurde.

Weitere Regelungen

Auch die folgenden Regelungen im Karlsruher Vorschlag verstärken diese Schlussfolgerung:

- Integration des Religionsunterrichts in die regulären Unterrichtszeiten,
- Anrechnung der von staatlichen Lehrkräften im Auftrag der Kirchen oder Religionsgemeinschaften erteilten Stunden im Fach Religion auf ihre Unterrichtsverpflichtung mit bis zu acht Stunden (bei Teilzeitbeschäftigung anteilig)
- Schaffung der Teilnahmemöglichkeit an den Beratungen schulischer Gremien für nicht staatliche Lehrkräfte, die Religionsunterricht erteilen,
- Erteilung von Noten für die Leistungen im Religionsunterricht, sofern dies die Kirchen vorsehen (ggf. kann auch vorgesehen werden, ob die Note versetzungs- bzw. abschlussrelevant ist),
- Gewährung von finanziellen Zuschüssen des Landes Brandenburg zu den Personalkosten, die den Kirchen für ihre Beauftragten, die den Religionsunterricht erteilen,

entstehen.

• Darüber hinaus soll die Einrichtung von Lerngruppen für den Religionsunterricht ab 12 (bisher 16) SchülerInnen möglich sein.

Finanzielle Belastungen

Auf das Land Brandenburg werden mit der Annahme des Vorschlags zusätzliche finanzielle Belastungen u.a. durch die Anrechnung der Unterrichtsstunden bei staatlichen Lehrkräften und die Bezuschussung der Personalkosten der Kirchen zukommen.

Mögliche GEW-Forderungen

Die GEW Brandenburg wird deshalb im Falle der Zustimmung der Landesregierung fordern, dass die notwendigen finanziellen Mittel zusätzlich im Haushalt bereitgestellt werden. Auch in bezug auf die Stärke der Lerngruppen muss sich die GEW dann dafür einsetzen, dass diese Maßstäbe für Lerngruppengrößen auch für andere Fächer, z.B. auch für LER, gelten. Darüber hinaus muss die Einführung des Faches LER in der Sekundarstufe I und der Grundschule weiter vorangetrieben wer-

Tragbarer Kompromiss?

Bei allem Respekt vor den Bemühungen der Karlsruher Verfassungsrichter/innen stellt sich ihr Vorschlag für mich nicht als Kompromiss dar. Meiner Auffassung nach stärkt er die Stellung des Religionsunterrichts und schafft vor allem für das Fach LER perspektivisch keine Rechtssicherheit.

Wie reagiert die SPD?

Die Brandenburger SPD muss sich darüber im Klaren sein, dass eine Zustimmung der Landesregierung zu dem Vorschlag die Abkehr von ihren ursprünglichen Absichten, die bei der Einführung des Faches LER maßgebend waren, bedeutet. Wird sich die SPDgeführte Landesregierung auf diesen "Kompromiss" einlassen und die damit fortbestehende Rechtsunsicherheit in punkto LER den vielen Lehrkräften, die sich für das neue Unterrichtsfach LER qualifiziert haben, zumuten?

Schlussfolgerungen

Ich halte nach wie vor LER für ein zeitgemäßes und notwendiges Unterrichtsfach, das alle SchülerInnen "in besonderem Maße darin unterstützen soll, ihr Leben selbstbestimmt und verantwortlich zu gestalten und ihnen helfen, sich in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft mit ihren vielfältigen Wertvorstellungen und Sinnangeboten zunehmend eigenständig und urteilsfähig zu orientieren." (BbgSchulG § 11 Abs. 2 Satz 1). Neben LER sollen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, Religions- oder Weltanschauungsunterricht zu besuchen, der in der Verantwortung der Kirchen oder Weltanschauungsgemeinschaften Die Annahme des Kompromissvorschlages des BVerfG würde die guten Chancen und Perspektiven, die das Fach LER in Fragen der gemeinsamen Wertevermittlung bietet, sehr stark einschränken.

Renato Albustin

ist Mitglied im Landesvorstand der GEW Brandenburg tendenzen febr./märz 2002 blz

Diskriminierung von pazifistischen KollegInnen

Das Ende pädagogischer Freiheit?

egen Bernhard Nolz, Leh-**J**rer an der Siegener Berthavon-Suttner-Gesamtschule und aktives Mitglied in Friedensgruppen, wird disziplinarrechtlich wegen einer Rede ermittelt, die er auf einer SchülerInnen-Kundgebung am 18.9.01 "Gegen Terror, Gewalt und Krieg" im Anschluss an einen Trauermarsch zum 11. September gehalten hat. Der Schülersprecher seiner Schule hatte ihn um diesen Beitrag gebeten. Die Rede fand zunächst großen Beifall, aber im Nachhinein auch Kritik: Nolz sei zu wenig auf die Betroffenheit und Trauer der SchülerInnen angesichts des Terroranschlags in New York eingegangen. Er habe seine Person zu sehr in den Mittelpunkt gestellt; er habe anti-amerikanische Äußerungen von sich gegeben u.ä. In der "Siegener Zeitung" wird gegen B. Nolz Stimmung gemacht, er habe "in unglaublicher Weise" die USA angegriffen und dazu aufgerufen, "den Wehrdienst zu verweigern". Leserbriefe mit ähnlichem Tenor werden veröffentlicht. Das Friedenszentrum in Siegen wird angegriffen, indem der CDU-Stadtverband fordert, die für die USA und die Terroropfer "äußerst verletzende Rede" müsse auch Folgen für das Zentrum haben. Schließlich bestellt die Schulaufsicht B. Nolz zu einem Dienstgespräch, suspendiert ihn und leitet Vorermittlungen für ein Disziplinarverfahren ein. Im Dezember 2001 wird die Suspendierung aufgehoben. B. Nolz wird in eine 50 km entfernte Schule versetzt, ohne dass das Disziplinarverfahren aufgehoben wird.

Der Fall B. Nolz ist keine Ausnahme. In Sachsen wurden Lehrerinnen versetzt, abgemahnt oder mit Entlassung bedroht, weil sie mit ihren SchülerInnen jenseits des offiziellen Kanons diskutiert haben. Ein Schulrat in Brandenburg verpflichtet die KollegInnen auf eine politische Linie, die in Gesprächen oder Diskussionen mit SchülerInnen zu verfolgen sei. In der Schulamtsinformation des Staatlichen Schulamts Prignitz 06/2001 heißt es: "Mit Bestürzung wird jeder von ihnen verfolgt haben, wozu Fanatiker und religiöse Dogmatiker in der Welt fähig sind. Menschenleben bedeuten diesen Terroristen offensichtlich nichts. Die Kinder und Jugendlichen, die uns anvertraut sind, können mit einer solchen Situation wenig anfangen. Es ist Ihre Aufgabe, konsequent die Einschätzung der Landes- und Bundesregierung zu übermitteln. Die Freiheit der Lehrkraft geht keineswegs so weit, die eigene politische Einstellung in die Erziehungsarbeit ein-Brunhilde Grundmann zubringen." (AG Frieden)

> Das nächste Treffen der GEW-Friedensgruppe findet statt am

21.2.2002 um 19 Uhr in der GEW-Geschäftsstelle.

Diskussionsgrundlage ist ein "Aufruf an alle Soldaten der Bundeswehr, sich einem Einsatz im sogenannten Krieg gegen Terror zu widersetzen".

Prof. Peter Grottian, einer der Unterzeichner, wird als Gast teilnehmen.

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE WALDHÜTERFAD 38 • 14169 BERLIN GEGR. JOHANNA VON SCHULZ 1962 Pädagogik allein reicht oft nicht! Heilpädagogische Musikarbeit und Musik-

Heilpädagogische Musikarbeit und Musiktherapie berufsbegleitend für Integrationslehrerlnnen, LehrerInnen, ErzieherInnen, Sozial- und SonderpädagogInnen ect.

INFO-TEL.: 030 - 813 50 80



Gesundheit ist ein Meuschenrecht Bitte schicken Sie toir unwebindlich Dashi, phalli as ni consi Gaisais or Hallige alcord ballocatur noch mg 1. 38 de gor i Mgns Ju i acNer magailhet fin Haldalbe Rei ger olle por freihe Oberseng, ng LEET AAZTE OHNE GABNZEN Informationen für einen Projekteinsate lufa naturguzur Fordzont@ledschaft Helfen Sie mit! Die Broschmen, Ein Vermachung für day Leben 1 DECIMAL EMPLOYMENT PRES AUZTS CLING GRENZEN E.V. Aut Kollingsten Park i - intge Berlin Cah Dytym www.perriikonnekgoriizan Sto Se Speridenkonto ny digi Sparsysse Berlin - BLZ to a schina PLZ Cyc

Supervision lohnt sich!

Für die fachliche Arbeit und für die eigene Psychohygiene/Gesundheit – Individuelle Beratung

Regina Liedtke, Tel. 7812899

Langjährige eigene pädagogische und therapeutische Erfahrung mit schwierigen Kindern sowie Eltern und Ämtern.

FRAUEN UM 50

Fortlaufende Gruppe zum inneren Wachstum donnerstags 16:00 bis 19:00 Uhr

geleitet von erfahrener Gestalt-Therapeutin
Einstieg jetzt möglich Info: 813 46 36

Supervisionsgruppe

für Lehrer hat noch freie Plätze Info: **Ina Kaufmann** Dipl.Päd. / Supervisorin (DGSv)

rpi.Pad. / Supervisorin (DGSv Tel: 030/ 693 68 90 e-mail:

ina.kaufmann@t-online.de

Balintgruppen für Lehrer

Psychische Bearbeitung von Problemfällen Selbsterfahrungsgruppen für Lehrer

Fachärztin für Psychotherapeutische Medizin Langjährige Gruppenerfahrung

> Dr. med I.Siedt Tel. (030) 471 70 52

Souverän sprechen – erfolgreich agieren

WE 8.-10.3.02 www.per-sonare.de fon: 030/440 67 52

Lösungsorientierte Supervision und Einzelcoaching

Topica April 1997 Topica April 1995 Topica April 1995

Lehrer und Erzieher finden im Seminarhaus Schorfheide Ruhe und Konzentration für ihre Projektarbeit. Tel.: 0 30/6 21 38 39 oder 03 33 61/7 02 57 E-Mail: info@seminarhausschorfheide.de

Darlehen supergünstig Festzins ab *** 4,0 Hypotheken- & Beamtendarlehe Bezonscheiner supergünstig, z. B. B.a.L. od DO-Angoer, 35. Jahre. 1: 1915 - C. de GOODO - C. 1913 - G. Rain, "grandle rail. Zeru- and Later 1915 - C. de GOODO - C. 1913 - G. Rain, "grandle rail. Zeru- and Later 1915 - C. de GOODO - C. 1913 - G. Rain, "grandle rail. Zeru- and Later 1915 - C. de GOODO - C. 1913 - G. Rain, "grandle rail. Zeru- and Later 1915 - C. de GOODO - C. 1913 - G. Rain, "grandle rail Bezonscheiner 1915 - G. Rain, "grandle rail. 1916 - G. GOODO - C. 1915 - G. Rain, "grandle rail. Raingarversing. Beschning max. (1906). Schulinheid Burdwindle bir (1906) - C. reil. Tige. 1916 - Goodo - G. Rain, "grandle rail." (1906) - C. reil. Tige. 1917 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1918 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1918 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1918 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. reil. Tige. 1919 - G. Rain, "grandle rail." (1907) - G. Rain, "grandle rail." (19	ensdiscounter 2 Jahre Laudreit, bei 30,000 E. rad. surers. Philmie. Festimageranile ges. Supremyelote auch zu Lit. 20 Jahre laheher Frankrie ges. Landert es. 10 kgengünstige Ansuhltenhypotheken, rigurenschenung. Vorfnansenung der er vertnauerend mit um: AK-Finans.
	Info und Sofortangebote

n: (06 21) 51 10 31, Telefax:

Newenas weite Reise

Per Film "Newenas weite Reise" behandelt die sensiblen Themen Krieg und Flucht. Durch seine fehlende Spannung, inhaltliche und sachliche Defizite verschenkt dieser Film jedoch die Gelegenheit, Jugendliche zu einer fundierten Auseinandersetzung mit diesen wichtigen Themen anzuregen.

Hauptprotagonist ist der vierzehnjährige Jan aus Hamburg. Er ist der Sohn reicher Eltern. Sein Hauptproblem: Er will, dass die Eltern ihr Versprechen einlösen und mit ihm ein Basketball-Endspiel in New York besuchen. Hier stellt sich die Frage, inwieweit Jan eine für SchülerInnen geeignete Identifikationsfigur ist. Da die Eltern keine Zeit für die NY-

Reise haben, fährt Jan mit seiner Mutter nach Italien, um von dort aus mit dem Frachter seines Onkels eine Schiffsreise nach Hamburg zu machen. Auf dem Weg dorthin hat er die erste Begegnung mit dem dreizehnjährigen Flüchtlingsmädchen Newena, die der Polizei entfliehend gegen ihren Wagen rennt. Newena entkommt und ein Beamter – Zivilpolizist, Sozialarbeiter? - erklärt Jan besorgt, dass das Mädchen Hilfe brauche. Bei soviel Verständnis mögen Zweifel bezüglich des Realitätsbezuges bei dem Zuschauer aufkommen, der die Asylpraxis kennt.

Man ahnt es: Newena versteckt sich als blinder Passagier auf dem Schiff; auf dem Jan dann

auch unterwegs ist. Enttäuschend ist der dürftige Inhalt und die Handlungsarmut dessen, was sich auf der Schiffsreise entwickelt. Jan entdeckt Newena und erfährt, dass sie ihren kleinen Bruder in einem Hamburger Flüchtlingsheim besuchen will. Ansonsten erfahren wir nichts über sie nur, dass ihre Familie tot ist, wegen des Krieges. Wir erfahren nicht, wo der Krieg stattfindet (vermutlich das frühere Jugoslawien), wir erfahren nichts über Ursachen und Akteure des Krieges, wir erfahren nicht einmal etwas über die Lebensgeschichte Newenas oder ihrer Familie und die Ursache ihres Todes. Warum ihr kleiner Bruder nach Hamburg und wie er

dorthin gekommen ist, wissen wir nicht, auch nicht, welche Pläne Newena hat oder welche Perspektiven sich für sie im Asylland eröffnen könnten. Jan möchte ihr helfen, weiß aber nicht wie – wir wissen es auch nicht, so wie sich uns die Zusammenhänge im Film darstellen.

Natürlich schafft schließlich, ihren Bruder zu sehen, während Flüchtlinge aller Herren Länder den folkloristischen Hintergrund des Wiedersehens bilden. Auch der verständnisvolle Beamte taucht wieder auf, um Newena zu helfen und Jans Eltern versprechen, nach NYC zu fliegen. Das Ende des Films: ein großes und ebenso kitschiges Happyend- Fest. Ja, wenn die Wirklichkeit so einfach wäre, und wäre sie nur für Kinder so einfach ...

Johannes Rumpf

TUSCH-Produktionen auf Berliner Bühnen

sel Theater sowie die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz zeigen 2002 Inszenierungen mit jugendlichen Akteuren. Im Rahmen der TUSCH-Partnerschaft zwischen Berliner Bühnen und Schulen arbeiteten Regisseure und Choreographen der drei Jugendtheater sowie der Volksbühne seit Oktober 2001 mit 37 jungen Darstellerinnen und Darstellern. Ihre Themen und Träume, Erfahrungen und Visionen bilden die Grundlage für das Szenenmaterial, aus denen die Produktionen entstanden sind.

"Die Legende vom Glück ohne Ende" unter Leitung der Tänzerin und Choreographin Simona Furlani, ist eine Tanztheaterproduktion mit 12 Schülerinnen und Schülern. Thematisiert wird eine Ost-West-Begegnung der besonderen Art. Junge Menschen aus verschiedenen Teilen der Stadt setzen sich anhand von Plenzders Roman mit der Liebesgeschichte von Paul und Paula und damit der so nahen und sich und nigt. Zentra veränderur wirkt einer schen. Mens auf Reisen, von ihnen diesem spa des Wander rung möch chen ihre

he Jugendtheater GRIPS, ihnen doch bereits so fremtheater strahl und carroul Theater sowie die Volkshne am Rosa-Luxemburg-Gegenwart.

An der Collage "Unterwegs" arbeiteten die drei Jugendtheater mit Dilruba Saatci (Tanz/ Choreographie), Johann Jakob Wurster (Regie) und Gabriel Frericks (Regie) zusammen mit 25 Jugendlichen. Sie gruben im eigenen Erfahrungsschatz und sammelten alles zum Thema Unterwegs-Sein. Herausgekommen ist ein spannendes Theaterstück, das in drei verschiedenen Sequenzen (zwei Schauspiel- und eine Tanztheaterszene) unterschiedliche Themen und Herangehensweisen an die Reise in sich und mit anderen vereinigt. Zentrales Thema ist die Veränderung: Das Erlebte bewirkt einen Wandel in den Herzen und Köpfen der Menschen. Menschen begeben sich auf Reisen, kehren verändert von ihnen zurück. An eben diesem spannenden Prozess des Wandels, der Veränderung möchten die Jugendlichen ihre Zuschauer teilha-Renate Breitia

Termine

"UNTERWEGS" TUSCH-Produktion der Jugendtheater GRIPS, strahl und carrousel

Premiere: ATRIUM, 09.02.02, 18.00 h, Studiobühne, Senftenberger Ring 97, Berlin–Reinickendorf

weitere Vorstellungen:

ATRIUM,1 0.02.02, 18.00 h, Studiobühne, Senftenberger Ring 97, Berlin–Reinickendorf

THEATER STRAHL, 16.02.02...., 19.00 h, Probebühne I, Kyffhäuserstr. 23, Berlin-Schöneberg

GRIPS THEATER, 19.02.02, 11.00 h, große Bühne Altonaer Straße 22, Berlin – Tiergarten

CARROUSEL THEATER, 16.03.02, 18.00 h, Turnhalle, Parkaue 29 Berlin – Lichtenberg

Kartenbestellung über: Tel: 90 172 -145 – (LISUM)

Schüler: 2,50 Û Erwachsene: 5,00 Û

"LEGENDE VOM GLÜCK OHNE ENDE" TUSCH-Produktion der Volksbühne

Voraufführung: **VOLKSBÜHNE**, 19.02.02, 12.00 h, Hinterbühne, Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin-Mitte

Premiere: VOLKSBÜHNE, 19.02.02, 20.00 h, Hinterbühne, Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin-Mitte

weitere Vorstellung:

VOLKSBÜHNE, 20.02.02, 10.00 h, Hinterbühne, Rosa-

Luxemburg-Platz, Berlin-Mitte

Kartenbestellung über: Tel. 24 76 772 (Volksbühne)

Schüler: 2,50 Û Erwachsene: 5,00 Û

Theater und Schule

service



Eine Szene aus dem Stück "Rheinsberg", das das carrousel-Theater an der Parkaue zusammen mit der Musikakademie Rheinsberg produziert hat. Im Bild: Kim Pfeiffer mit Rotkäppchen-Pikkolo.

Kritisch gesehen

"Lulatsch will aber" ist nicht nur ein Zeichen für die gute Zusammenarbeit zwischen Grips und Carrousel, sondern auch ein zügig-flottes Mitspielstück, das im Klassenraum gespielt wird - das Schulen sich also ins Haus holen können. Die Aufführung integriert Musik, Lockerungs- und Ausdrucksspiele; sie schließt ein Nachgespräch mit den SchülerInnen ein, in der auch die ernsteren Themen zur Sprache kommen. Der Hintergrundkonflikt (Lulatsch fühlt sich schuldig am Tod der Mutter) ist ein wenig dick und übertrieben: dafür wird die Intensität, mit der sich Lulatsch gegen Widerstände den Weg in die Schule erkämpft, höchst attraktiv ausgespielt. Das ist für die zuschauenden Kinder zugleich eine witzige Rückschau auf eigene Erfahrungen mit Einschulung, Reifetest, ehrgeizigen Eltern und neuen MitschülerInnen (für 2. oder 3. Klassen).

Die "Schwarzen Nächte" im Carrousel sind immer wieder ein schönes Abenteuer: Theater im ganzen Haus, das Publikum auf verschiedenen Wegen herumwandernd mit kommunikativen Treffpunkten zwischendurch – also Theater satt und zugleich fröhliches Miteinan- fentlich weitere Fortsetzungen

der. Die Stücke, diesmal zum Thema "Geld", sind höchst unterschiedlich: Brecht ("Dansen") wird zugedeckt mit Video, sodass nur wenig zu verstehen ist; "Ein Pfund abheben" von O'Casey ist witzig, unterhaltsam, mit einigen Überraschungen; "Wegen Reichtum geschlossen"von Tankred Dorst ist eher ein Stück wie eine Rutschbahn, wird aber breit und gemütlich ausgepinselt; mit dabei ein Pferd (langsam), ein Hund (langsam), ein Sumo-Ringer (noch langsamer) und viel umständliches Schauzeug - im langsamen Nölen geht das Stück verloren. "Furcht und Hoffnung", die scharfen Szenen von Kroetz, werden in einer Einheitsdekoration eher zusammengezwungen, bleiben kalt, fern, ästhetisch, wie auf einem Seziertisch. "Rheinsberg 2002" dagegen, das ganz ähnliche Themen unserer Gegenwart behandelt, wurde vom Theater selbst aus heutigen Recherchen entwickelt und eng mit der Geschichte von Jugendlichen verbunden. Es nimmt das Publikum in die Szenen mit hinein, bewegt und berührt, ist also nicht nur eine vorzügliche Initiative (durch die direkte Arbeit in Rheinsberg, die hof-

SUPER KLASSENFAHRT

deutschland europaweit direkt buchen, direkt spec

direkt sparen,

► Ihre Vorteile:

Freiplatz für jede 11. Person Superspartermine für Gruppen ab 15 Personen Durchführungsgarantie für Kleingruppen bereits ab 10 Personen Regionalabschlag vom Abfahrtsort zum Reiseziel

► Eine Auswahl unserer Hits:

4 Tage	oh € 0€	5 Tage Plattensee	ab € 121,-
Erzgebirge	ab € 95,-	riattensee	30 € 121,-
4 Tage		6 Tage	1000
Rhön	ab € 93,-	Toscana	ab € 121,-
4 Tage		7 Tage	
Rügen	ab € 95,-	Spanien	ab € 175,~
4 Tage		4 Tage	
Usedom	ab € 79,-	Prag	ab € 89,-
3 Tage		5 Tage	
Oberhof	ab € 73,-	Paris.	ab € 99,-
4 Tage		5 Tage	
Bayerischer W	/ald ab € 129,-	London	ab € 146,-
► Speziell für G	rundschulen geei	gnet, z.B.:	
4 Tage		4 Tage	
Ulliannes Con	-L @ 0F	Distribution	-L @ 07

Fordern Sie unseren Katalog an - natürlich kostenfrei!

▶▶▶ welcome berlin tours GmbH ◄◄◄

Neue Bahnhofstraße 9-10 · 10245 Berlin Telefon (030) 443393-0 · Telefax (030) 443393-36 e-mail: info@welcometours.com

www.klassenfahrt.net



Hoch vom Sofa

Ohne Theater ins Theater.



TheaterGemeinde Berlin/Brandenburg

Tel. 030/21296300 Æwww.theatergemeinde-berlin.de

AUSSCHNEIDEN UND EINSENDEN
Ja, ich m chte erfahren, wie ich in Zukunft ohne Theater ins Theater komme.
Schicken Sie mir kostenlos und unverbindlich Ihr Infopaket: Informationen ber die TheaterGemeinde und je ein Probe- heft von SPIELPLAN und TheaterRundschau.
Name:
Stra§e:
PLZ/Ort:

TheaterGemeinde e.V. Æauentzienstra§e 3 Æ10789 Berlin

merkenswerte Aufführung.

"Mit der Faust ins offene Messer" zeigt eine Gruppe von Außenseitern, die in eine Umgebung flieht, in der sie nicht willkommen sind. Gespielt wird das Stück in einer Bearbeitung des Obdachlosentheaters Ratten, die hier, in der Distanz, eigenes Schicksal gestalten können und das Stück mit ihrer Lebenserfahrung zu einem starken Eindruck formen: Hart an der Wirklichkeit - durchsetzt von Wunsch- und Angstträumen. Ausbrüchen in eine Fantasiewelt - komisch und rührend zugleich, ganz zart gespielt und zugleich konsequent, rücksichtslos in der Tristesse. Hingehen - und anschließend mit den SpielerInnen reden (ab Sek II, bei theatergewohnten Klassen auch früher)!

Auch "Die zehn Gebote" im großen Haus der Volksbühne werden (von Marthaler) zart und duftig inszeniert; auch hier agiert ein homogenes, hoch besetztes Ensemble, harmonisch klangschön und in wundervollen Bildern – aber die Figuren aus dem italienischen Süden sind fern, werden immer wieder als Kunst-Stücke vorgeführt; für mich jedenfalls eine Ästhetik, die unsere Gegenwart nicht er-Hans-Wolfgang Nickel reicht

Hans Wurst Nachfahren

Der Teufel mit den 3 goldenen Haaren (ab 4): am 12.2. um 10 Uhr.

Schneewittchen (ab 4): 13. - 15.2. und 19./20.2. jeweils um 10 Uhr: 16./17.2. jeweils um 16 Uhr. Des Kaisers neue Kleider: 21./ 22.2. um 10 Uhr; 23./24.2. um 16 Uhr.

findet), sondern auch eine be- Der gestiefelte Kater (ab 4): 28.2. Grips Theater um 10 Uhr.

> Kaspers Ausflug mit den grünen Männchen (Gastspiel, ab 4): 26./ 27.2. um 10 Uhr.

> Hans Wurst Nachfahren, Gleditschstr. 4 am Winterfeldtplatz in Schöneberg, Tel. 216 79 25, www.hans-wurst-nachfahren.de

Theater Skarabäus

Miss Dummer August: deutschenglische Clownerie, Puppenspiel für Kl. 3 und 4. Vom 25.2. bis 1.3. um 10.30 Uhr, Spielort: Friends Of Italian Opera

Straight To Waterloo: für 5. und 6. Englischklassen. Am 19.2. um 10.30 Uhr im Tiyatrom; am 5. März um 10.30 Uhr im Bali-Kino. Die Hummel Lulu: Tischpuppenspiel für Kinder ab 3 Jahre. Am 5. März um 10.30 Uhr in der Schatzinsel; am 14. März um 10 Uhr im Theater schmales Handtuch.

Das Rübchen: Tischpuppenspiel für Kinder ab 3 Jahre. Am 13. März um 10.30 Uhr im Atrium; am 3. und 4. März im Ratz-Fatz. The Selfish Giant: Masken- und Puppenspiel für 6. und 7. Englischklassen. Am 17. /19./20./ 21. März im Kulturhaus Spandau. Kartentelefon: 251 31 84

Fliegendes Theater

Die gnadenlose Clownshow (Theater Tiefflieger, von 4 – 10 Jahren): Am 10.3. um 16 Uhr; am 11./12.3. jeweils um 10 Uhr. Der dreibeinige Hund (4 bis 8 Jahre): 19. bis 21.3. jeweils um 10 Uhr.

Der kleine Eisbär (Theater Ute Kahmann, 4-8 Jahre); Am 24.3. um 16 Uhr; am 26./27. und 28.3. jeweils um 10 Uhr.

Der kleine König Dezember (4-9 Jahre): 5. bis 7.3. jeweils um 10 Uhr; am 6.3. auch um 15 Uhr. Rapunzel (Theater Ute Kahmann, 4-9 Jahre): Am 7, und 12.3, um 15 Uhr; am 10.3. um 16 Uhr; am 13./14.3. um 10 Uhr.

Die Mondtücher (5-10 Jahre): 26. bis 28.3. jeweils um 10 Uhr. Fliegendes Theater, Urbanstr. 100, 10967 Berlin, Tel. 692 21 00, www.fliegendes-theater.de

Ab heute heißt du Sara (ab 16): 12. bis 14.2. jeweils um 18 Uhr. Hallo Nazi (ab 15 im Schillertheater): 15.2. um 18 Uhr; 22. 2. um 11 Uhr; 23.2. um 19.30 Uhr; 25. bis 27.2. jeweils um 11 Uhr. *Melodys Ring* (ab 12): 18./20./21. 2. um 10.30 Uhr; 19.2. um 18 Uhr. Flo & Co (ab 8): 22.2. um 10 Uhr; 23.2. um 16 Uhr; 25. bis 27.2. jeweils um 10 Uhr.

Alles Gute (ab 10): 28.2. um 10 Uhr.

Grips Theater, Altonaer Str. 22, tel. 397 47 40 oder 397 47 477 oder www.grips-theater.de

Carrousel Theater an der Parkaue

Kleiner Muck ganz groß: Märchenoper nach Wilhelm Hauff koproduziert von carrousel und Berliner Kammeroper. Uraufführung am 19 Januar, Weitere Spieltermine bitte erfragen: Tel. 55 77 52-52/53.

Theater Strahl

Wenn Götter zu sehr lieben: 13./14.2. jeweils um 11 Uhr in der Probebühne (Kulturhaus Schöneberg, Kyffhäuserstr. 23). Romeo und Julia: 19.2. um 19.30 Uhr; 20. bis 22.2. jeweils um 11 Uhr in der Weißen Rose (Martin-Luther-Str. 77 in Schöneberg).

Kartentelefon: 695 99 222 oder www.theater-strahl.de

Fortbildung

Ausstellung "Hände, Füße, fertig los!"

Im Rahmen der aktuellen Ausstellung des Kinder-Museums Labyrinth, einer Bewegungs-Werkstatt für 3 bis 9jährige bietet das Labyrinth zusammen mit dem PsychMotorik Verein Berlin e.V. verschiedene Fortbildungen an

- Psychomotorik in den Kita-Alltag integrieren. Am 19. und 26. Februar von 18 bis 20 Uhr im Kinder-Museums Labvrinth. Leitung: Gerd Deter. Kosten 23 Euro. Info und Anmeldung: Tel. 405 406 91.
- Info-Vorträge: Psychomoto-

rik. Am 19. März von 19 bis 21 Uhr im Kinder-Museums Labyrinth. Anmeldung: 39 740 840. Kinder Museum Labyrinth, Fabrik Osloer Straße 12 in Wed-

Studienreise Weißrussland

Vom 11. bis 19. Mai veranstaltet das Museum Berlin-Karlshorst eine historische Studienreise nach Weißrussland. Die Route führt abseits der Großstädte in die kleinen Ortschaften, Gespräche mit Holocaust-Überlebenden, Kriegsveteranen, der Besuch der Geburtsstätte Marc Chagalls stehen auf dem Programm. Die Reise ist als Bildungsveranstaltung anerkannt und kostet 665,incl. aller Nebenkosten. Anmeldung: Museum Berlin-Karlshorst, Zwieseler Str. 4, 10318 Berlin Tel.: 501 508 41 oder 833 41 11 (Reiseleiterin Ingrid Damerow)

Studienreise Lettland

Vom 27. Juni bis 4. Juli 2002 veranstaltet das Haus der Wannsee-Konferenz eine Studienreise nach Lettland, die den Spuren vergangenen jüdischen Lebens im Baltikum nachgehen wird. Begegnungen mit Überlebenden des Holocaust, ein Rundgang durch das ehemalige Ghetto von Riga, ein Besuch der jüdischen Gemeinde und Ausflüge stehen auf dem Programm. Die Reise ist als Bildungsveranstaltung vom Senat Berlin anerkannt und kostet 870.-Anmeldung: Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Am Großen Wannsee 56-58,14109 Berlin, Tel.: 805 00 126 oder 833 41 11 (Reiseleiterin Ingrid Damerow)

Adoleszens-Bindung-Destruktivität

Die Internationale Society for Adolescent Psychiatry (ISAP) veranstaltet vom 14. bis 16 Juni 2002 in Göttingen einen Kongress zum Thema Adoleszens-Bindung-Destruktivität mit namhaften Wissenschaftlern. Info: Congress Organisation Göttingen, Rodeweg 18f, 37081 Göt-

– anzeige -

Ihr gutes Recht

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Muss ich bei Smog-Alarm in der Schule anwesend sein? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement der Loseblattsammlung Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Ab April 2002 auch auf CD-Rom!

GEWIVA, Ahornstr. 5, 10787 Berlin Tel: 21 99 93-62

(für Nichtmitglieder: 67 Ö) *Bei Zusendung zusätzlich 7 Ö Versandkosten



tingen, Tel.: 05 51/5 09 64 68, Fax: 05 51/5 09 64 69, e-Post: webmaster@congressorganisationgoettingen.de,

www.isap-goettingen.de

Bundeskongress Frauen und Schule

Vom 18. bis 20. April findet in Hamburg der Bundeskongress Frauen und Schule statt. In rund 90 Vorträgen und Workshops geht es um Themen wie Professionalisierung von Frauen im Bildungswesen, Gesunde Schule, Gewalt gegen Mädchen und Lehrerinnen, Lebenswelten von Mädchen, Praxisprojekte. Die Kongressgebühr beträgt 77 Euro. Info und Anmeldung: GEW Hamburg, AG Frauen und Schu-Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg oder hlz@gewhamburg.de oder über die Internet-Seite der GEW Hamburg: www.gew-hamburg.de

Mai-Meeting der GEW

Vom 9. bis 12. Mai findet in der Nordsee-Akademie in Leck/ Schleswig-Holstein die zentrale Bildungsveranstaltung der GEW statt. Das Meeting ist offen für alle Mitglieder und deren Partner und Kinder und bietet eine attraktive Mischung aus Workshops, Kultur- und Diskussionsveranstaltungen sowie Freizeitaktivitäten. Unter anderem gibt es vier Workshops zu den Themen Umgang mit Belastungen im Beruf, Moderation großer Gruppen, Zusammenarbeit im Internet, Organisationsentwicklung sowie eine Diskussionsveranstaltung mit der GEW-Bundesvorsitzenden und prominenten Gästen und natürlich Ausflüge ins Wattenmeer zum Nolde-Museum und mehr. Der Teilnahmebeitrag für GEW-Mitglieder beträgt 122 Euro, Nichtmitglieder/Partner zahlen 184 Euro (wenn sie aus den neuen Bundesländern kommen 132 Euro); Kinder je nach Unterbringung. Alle anderen Kosten (auch die Fahrtkosten) übernimmt die GEW-Bund.

Info und Anmeldung bei Nicole Lund, GEW Hauptvorstand, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt, Fax: 069 78 973-102; e-Post: lund@gew.de

Freinet-Seminar

Zum Thema "Licht" treffen sich Freinet-LehrerInnen vom 18. bis 21. April in Dahme/ Mark. Info und Anmeldung: Tel. 211 18 38 /Frauke Stolting), Anmeldeschluss ist der 18. März.

SeniorInnen

Fahrt nach Bautzen

SeniorInnen aus Lichtenberg fahren am 15. Mai zur Veranstaltung "Bautzen feiert 1000 Jahre Stadtrecht". Interessenten aus anderen Bezirken melden sich bitte bis zum 18. April bei Dr. Gisela Barth, Tel. 242 38 19 (Eigenanteil: 40 Euro)

Führung Filmmuseum

Die GEW-Senioren Pankow treffen sich zu einer Führung im Filmmuseum mit dem Schwerpunkt "Marlene Dietrich" am 12.2. um 10 Uhr im Foyer des Filmmuseums am Potsdamer Platz.

Aktivitäten

Sehen und Verstehen

Bis Ostern ist noch die Ausstellung "Sehen und Verstehen. Bilder von Deportation und Zwangsarbeit, Jugendliche erleben Edit Kiss und Agnes Bartha" im Paul-Schneider-Haus in Spandau zu sehen. Die Ausstellung ist Di - Do von 16 bis 18 Uhr geöffnet, für Schulklassen auch vormittags nach telefonischer Vereinbarung: Tel 336 66 10 oder 35 50 44 74. Die von Spandauer SchülerInnen eingerichtete Ausstellung belegt eindrucksvoll, wie sich heutige Jugendliche mit der Vergangenheit auseinandersetzen können. Der Leiter des Projektes, Dr. Helmut Bauer, hat sich in mehreren Filmen mit dem Schicksal der Zwangarbeiterinnen in Genshagen bei Teltow beschäftigt. Dort arbeiteten 1.100 Frauen aus ganz Europa an der Endmontage von Flugzeugmotoren. Bauer hat sich in den letzten Jahren auch für eine Entschädigung der Zwangarbeiterinnen stark gemacht. Seine in diesem Zusammenhang entstandenen Filme haben die SchülerInnen stark beeindruckt: sie wollten mehr wissen.

Materialien

Jugendherbergsverzeichnis

Das Verzeichnis aller deutschen Jugendherbergen mit Einzelbeschreibungen und Farbfoto des jeweiligen Hauses sowie einem Kartenteil ist kostenlos erhältlich bei DJH Service GmbH, 32754 Detmold oder über elektronische Post: service@djh.de

111 Tipps für Sozialleistungen Einen breiten Überblick über Leistungen für Familien mit Kindern vom Erziehungsgeld bis zum BAföG, Tipps vom Wohngeld bis zur Übernahme von Mietschulden durch das Sozialamt sowie über die Arbeitnehmern und Arbeitslosen zustehenden Sozialleistungen bietet das im Bund-Verlag erschienene Buch "111 Tipps für Sozialleistungen" auf 176 Seiten für 9,90 Euro. Ein nützlicher Wegweiser im komplizierten System der Sozialleistungen.

Broschüre zu Regenbogenfamilien

Die Senatsjugendverwaltung hat eine 112-seitige Broschüre über Familien mit homosexuellen Eltern erstellt. Die Broschüre ist erhältlich bei der Senatsjugendverwaltung, FB Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin oder per e-Post: gleichgeschlechtliche @sensjs.verwalt-berlin.de

Internet

www.internet-abc.de ist eine gemeinsame Initiative der Landesanstalt für Rundfunk NRW, der Bertelsmann- und der Heinz Nixdorf Stiftung. Der Infodienst richtet sich an Eltern, PädagogInnen und Kinder zwischen 6 und 12 Jahren. Aufgeteilt ist die Seite in einen Eltern- und einen Kinderbereich. Der Elternbereich enthält praktischer Tipps und die Möglichkeit "verdächtige Seiten" zu melden. Auf der Kinderseite findet sich ein Reiseführer durchs Netz, ein Internet ABC (nicht nur für Kinder interessant!), Spiele, ein Wissenstest und die Möglichkeit einen Surfschein – den

Führerschein fürs WWW- zu machen.

www.eine-welt.sonderschau.de

informiert über das komplette Programm der Sonderschau Globales Lernen im Rahmen der Bildungsmesse vom19. bis 23. Februar in Köln. Auf der Sonderschau zeigen 27 Gruppen aus unterschiedlichen Bereichen, was heute Globales Lernen in Schule und Erwachsenenbildung attraktiv und praktikabel macht.

www.kigaweb.de bietet neben den Infoseiten für ErzieherInnnen jetzt einen kostenlosen Service für elektronische Post für Personen und Einrichtungen.

Stellenbörse

Weltumseglungsprojekt sucht deutschsprachigen, 25-35jährigen Gymnasiallehrer (Geisteswissenschaften) für den Unterricht von fünf Kindern im Alter von 5-12 Jahren während einer Weltumseglung für zwei Jahre. Gestartet wird im Juli 2002, bereits eingestellt sind ein Schweizer Kollege für Naturwissenschaften und ein französischer Lehrer für Geisteswissenschaften. Jeweils zwei Lehrer segeln mit, während der dritte sein Programm im Wechsel an Land vorbereitet. Bewerbungsunterlagen inkl. Foto an Jost Stollmann, Arnheimer Str. 86, 40489 Düsseldorf oder e-Post: JST@create-it.de

Spreewald-Grundschule (Schöneberg) mit dem besonderen Profil "Theater und Schule" sucht sofort oder zum neuen Schuljahr zwei Lehrkräfte (Theaterpädagogik, Darstellendes Spiel oder entsprechende Vorerfahrungen), die in Projekten kooperativ Theaterproduktionen erstellen. Umsetzung oder neue Einstellung möglich. Kontakt über die Schulleitung Tel.:75 60 71 51.

— anzeigen —

Jugendgästehaus Osterode am Harz (Nds.)

direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab 51 für 4 Nächte incl. Programm und HP. Tel.: 0 55 22/55 95, Fax 68 69, jgh.oha@t-online.de

Info: www.Osterode.de

Urlaub in den Ferien? www.**Lehrerferien**.de oder 030-28 53 33 80

Verlockende Reisen

Marokko, Wanderkarawane ab 1665 Euro Gomera, Wandern & Relaxen 1169 Euro oder Träumen & Teetrinken ab Bei uns gibt es den Tee der Darjeeling Kampagne. Flüge und Fähren — weltweit und preiswert

LockeToursBe<u>rlin</u>

Bundesallee 115 Tel. (0 30) 8 52 30 30 12161 Berlin Fax 8 52 40 71



Naturpark Südheide

KLASSENFAHRTEN 2002

Auch für Familien und Kleingruppen.

Reitkurse, Ausritte, Badesee, Frei- und Hallenbäder in der Nähe, komplette Ferienwohnungen und -häuser an altem Heidehof. Bis 6. Klasse 7 Euro, sonst 9 Euro, Halbpension zzgl. 5 Euro, Erw. 10 Euro, Kinder nach Alter.

Im Internet: www.oberohe.de

HOF OBER-OHE, 29328 FASSBERG, TEL. 0 58 27/3 56, FAX 0 58 27/73 35

Klassenfahrten? ruf einfach den dänen ant

PRAG 4 0F (ohne Fahrtkosten) inkl. Steetfuhrung ab-LONDON 4 OF Seeralse ab Hamburg lab

... DW 93,. рм 333.-

Holslehrische Sir. 14 VM reisen Tel. 030-79 70 19 40 12163 Berlin (51eylitz) www.vm.reisen.de Fax 030 - 79 70 19 45

Schulklassenfahrt 2002 - Flussfahrt! Oker-Flussfahrt-Kanutour (3-8 Tage) Kultur - Natur - Erlebnis pur!

- Schöne Lagerplätze viel Freiraum!
- Planwagen + Fahrräder möglich
- Besichtigungen, Geschichte, bunte Aktionen, Natur Lebensschule
- Viel Erlebnispädagogik Impulse Freude Lernen Leben mit Teamgeist

KINGFISHER-TOURS SÜDHEIDE

-seit 10 Jahren-priv.: Inselstr. 13, 10179 Berlin

Tel. 2 78 52 35 + 01 71-8 38 92 49, Fax: 27 59 09 11

BOECKS SCHEUNE

Selbstversorgerhaus für junge Gäste aller Art 29 Betten, idyllische Lage a. Dorfrand nahe Kulmbach/Oberfr., umgeb. von Wald. Wiesen. Feldern - Spielw., Grillpl., Lagerf., TT...

Teilverpflegung mögl.

Info: Uwe Boeck, Lehenthal 54, 95326 Kulmbach

Tel: 09221/81431, Fax: 09221/924839 www.boecks-scheune.de

KLASSENFAHRTEN 2001 an die ostfriesische Küste

- In Norden & Neßmersiel sowie in Orten "hinter den Deichen"

- "hinter den Deichen"
 Jugendgästehäuser mit
 Halb-/Vollpension
 Zimmer mit DU/WC/Appartement
 Zwei Reisebegleiter erhalten Einzelzimmer
 Tolle Programme- & Ausflugsmöglichkeiten/
 Inselprogramme, Wattwanderungen
 Fahrten per Bus oder per Bahn möglich
 Prospekt/individuelle Angebote auf Anfrage

Jugendwerk Brookmerland, Leezdorfer Str. 70 **26529 Leezdorf** Tel: 0 49 34 -16 07 – Fax 0 49 34 -78 27

e-mail: fam.saathoff@t-online.de internet: www.saathof.de

Urlaub in alter Bauernkate

e Moter/Oute Enterwaye Fede

Urlaub In Südfrankreich

proverzalisation California in Francisco Bars Joseph Springhold Hill Apoyete 11 OWN darling to Ave to \$78 Storage



14 OURCS42072222 Fax c0 20/05/47/67 07 67 9 o Borookia, 12 47042 Cestermonatol a

ermacal four-de-Minorate and her E-Mg/ MisMEAL-Yours on

SCHULFAHRTEN 2002

- 75. Tage Burdetel nach Casersalico mil Ausflügen zum Prasi von € 203 SON 408.7 (1995) erwichtigen Partial nach die und die in Dage Wil Ausflüge Webertel (1996). Franklich in die in Dage Wil Ausflüge Webertel (1996). Franklich in Dage Webertel (1996).
- Tage Bustelet nach Gesensteu mit Austlugen aum Preis von E. 184-197 380 cVP. Jeden der Die Jahr hat den der de J. Tage CP Australe Mittelie, Floren.
- 한 Toyo Bustent with Cosmeticum (Assenting Julia Personal E 256 (에 스타스트) 바로 (Assenti orm Statistic Forties Assent) 스타스에 Assenting model for Marine Marieta (Terrary Lind Resear Fielalitue CESENATICO 2002

TE promise Chromatikes Storids percusor Of contines also less tacks e, April Longitule III

TV: Tage Bostafet zur Lustume-Kaste net Austagen zum Preis von El 280 (f.M. 2007). HE El 2010 (17 och 17, NP Leistungen Folksächt nach solch (f. Lage III) och VP Austagenschichten z Prei "Seren, Silm wing von "Mysmer) aus der an einem

79. Tage Busishri our Tochana-Kusie ran Austrugen sum Pres, son 9. 225 (19) 410 (0), 197 é. 245 (pp. 195) folyPit testan parte statuturan attende 5 folget Forter (5), 6 et agress de branet, Sect. Additional Season San Certification

ati Tage BahnCort: Cessegan da da 16 - majen #1952 (1964) iun 61 i

- 8 Face Bahnlahit Greenalion ov. 4531, no. € 225 (FW 1900)er
- 40 Tage Toskana (Baharang tar Ac. A. pac+ 204 ("At at a lice.")
- 8 Tage Bahntelot Fosheria ont 0,4 th Lon € 252 (M 20 20).
- 4 Tage Buildern nach Steffen mit Austrigen zum Preutvon 4, 158 (154 a. 256), VP. Justin ger (§ 14 februar) die mit Sperie Northäldt, ist bag (VP. Austrige West Kondern er nach
- commence the same
- SiTago Bustanii nach Sjigtiegt mei Austrager aum Pression W. 200 m. 19. der 19
- 91° flage Bushafet each Rom net Austragen zum Prom von € 263 der 110, ert, left och € 316 det Cirk till 188, implantion Bushint left der Zunch / Lage dit och 191 er Mittelscopenskil och Mitter ande till hander in terktoff i D'Aughterson vilkaren.
- 97- Tage Busining com Gerdause vol Auslingen dum Franz von G 260 109 (God): 197-ond G 260 -(Md 1657), UR Le director F. 2004 Constitutions The LC Selector Anthony architecture for male Magnetical Conference (Gdd)
- 7 /s Tage Buckshof unm Gordanse mit Austrügen aum Preis von DM († 224.) (MRJN 11. HP und († 236. (MRJN), e.s., VP (m. 4., mp. 1504.) det Samm (mp. 16. in Tage (f.e. det 92.) Austrujen mit stemm, j Mit siege, Burstavse mallom
- 9th Tage Gustana naon Sonienn with Austriagen gum Preis von G. 962. (1961), 1, 10, 149 und G. 205. 1,86 Mic C. 1971 in aurigen Britische Internationals HAZerbalternation achtere, 7 Juga Het eige Mic Gustan aus in Mattern New A. Am (1960), No. 1,861. (1960).
- Tage Greekenhand not RP can Press van E 212 (1985), 77, Francisco Basilier annacia et al. Unital Arrest. Paggio Informational Guidage.
- 711 Tage Londonnia HP und Austragon € 800 (401) of und € 281 (10410), 44, 101 UF
- 6 Tage Paris and MP and Austragen & 291 (J.M.M.), 25.
- 6 Tage Plag with HP (sup 6)/shopen # 220 (FAX 19172).
- 10 Page Bus/ahrt nach Spanisson i Austragen & 240 119 Acc 40 . Het
- A Tage Research nach Spanier auch indusper († 254 Del 412, 7). VP
- PREMINDELLE FOR DEFINER DING BEGENERER SON OF A POLICE AND A ESTADON MISSES, VP. Description Sondra & 999 (Individual III) APP Conductive Conservation **C 256** (PM SIC CO), VP. Description for the conduct C 326 (PM SIC CO), VP. Description for the conduct C 326 (PM SIC CO), VP. Description for the conduct C 326 (PM SIC CO), VP. Description for the conduct C 326 (PM SIC CO).
- Harriston (Smart) Lawyen Kaplen Self-

Worker Informationen gode bei A. Straustach, Maynolygyou, 10, - der 1, Navrillik 4, 1-Mari 0509/0500: Informationen gode bei A. Straustach, Maynolygyou, 10, - der 1, Navrillik 4, 1-Mari

Tel. 02048524-00 Fax 199 WWW.Bustaxi.de



FERN - TRANSFER - TAGES - u. STADTFAHRTEN mit REISEBUSSEN BUSTAXI Berim - Fahrschule Erch Greek 13187 Berlin Wollankstr. 20

Info (040) 280 24 15

Klassenfahrten und Ferienfreizeiten

Ulis Kinderland

23996 Gallentin

Am Nordzipfel des Schweriner Sees zwischen Schwerin und Wismar gelegen bietet unsere ca. 4 ha große Anlage 300-400 Kindern das Know-How einer gelungenen Klassenfahrt ab 140,-DM/Woche! Tagesfahrten usw. sind im Preis enthalten. Vielfältige Freizeitmöglichkeiten - Streichelzoo auf dem Gelände. Fordern Sie jetzt Informationen an unter:

Telefon: 0 38 42 33 65 Fax: 0 38 42 35 13 59

Internet:www.ulis-kinderland.de Euer Team aus Uli's Kinderland

Klassenfahrten

bis zur 7. Klasse

Kindererholuna

bis 12 Jahre

KITA-Reisen

hauseigenes großes Hallenwellenbad, 15 ha großes Gelände, Grillen am Lagerfeuer, Angeln, Tischtennis, Kutschfahrten, Ponyreiten, Fußballplatz, Volleyball, Spielwiese, Reithalle



Internet: www.kinderferiendorfforellenhof.de

Kinderferiendorf Familie Udtke Mitglied im Schullandheimverband

FORELLENHOE 25785 Nordhastedt



Urlaub in den Ferien?

www.Lehrerferien.de

oder 030-28 53 33 80



(C) 033395-224

Kita-Reisen Sportwochen Projekttage

Feriendorf

Ruhlsdor **Naturpark Barnim**

RETA & GRIECHENLAND A. Damianof • Schulstraße 17 71254 Ditzingen • 071 56 - 43 62 80 auch So



Goetheprogramm 4 OF p. P. ab 66,- €

PETERSBURG

Newskij - Prospekt, Eremitage, Peterhof, Zarskoje Selo, wlowsk und Nowgorod 4 UF p. P. ab 62,- €

Alle Preisangaben exklusive Programm und Anreise Helmstr. 8 10827 Berlin Tel. (030)7877970

Fax (030) 787 797 11 www. Eastline. com

BUSART-TOURS GMBH & WOLFGANG GÖDEL GBR I

Streifzüge durch Europa für Schulklassen und Jugendgruppen

TOSCANA, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab DM 380,-SPANIEN, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab DM 365.-FRANKREICH, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab DM 450,-**GRIECHENLAND, 12 Tage Rundreise...** ab DM 750,-

oder NORWEGEN ... SCHWEDEN ... ÖSTERREICH ... HOLLAND und viele Sonderangebote von November bis März!!

KLASSE REISEN

c/o Wolfgang Gödel Westendallee 96B · 14052 Berlin Tel. 030 - 861 95 57 · Fax 030 - 861 17 79

Der neue Katalog ist da: 030-8 61 95 57



Studienreisen/Klassenfahrten

0.T. D		107 0			
8-Tage-Bu	sreise z.B. nach	10-Tage-Busreise z.B. nach			
Wien	ÜF 192,- Euro	Südengland	Ü 213,- Euro		
Budapest	ÜF 192,– Euro	Toskana	Ü 202,– Euro		
London	ÜF 254,– Euro	Südfrankreich	Ü 230,– Euro		
Prag	ÜF 199,– Euro	(Unterbringung	72		
Paris	ÜF 224,– Euro	in Selbstversorger-			
Rom	ÜF 238,– Euro	unterkünften) 靍	The state of the s		
Alle Ausflugsfahrten inklusive! Flug- und Bahnanreise sowie andere Ziele (z.B. Ferien-					

parks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich! REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN TELEFON (0 23 06) 7 57 55-0 • FAX (0 23 06) 7 57 55-49

Sterntaler Reisen

Arno Filter Walldürner Weg 9c 13587 Berlin Tel. 3 36 49 64 Fax 3 35 51 87

Omnibusvermietung Bus bis 49 Personen Stadt- und Fernfahrten Exkursionen

Fahrräder- und Skitransporte

DALLY Großauswahl vom Fachmann 100 Klaviere ab 1.800,- • Flügel 6.000,-Keyboards 49,- • Digital-Pianos 799,-Gitarren Verstärker Noter

Musikhaus Werkstätten • Orgelunterricht • Tel. 6 22 10 36 Hermannstr. 204 • 12049 Berlin • Parkplatz

Klassenfahrten nach Prag. Budapest und St. Petersburg

(incl. Transfer, Unterbringung, Programm) Infos anfordern bei:

Freiligrathstraße 3 • 10967 Berlin Telefon 693 65 30





Mecklenburgische Seenplatte, Weser, Altmühl z. B. 5-Tage-Tour, kmpl. o. Anreise: p. P. 120,--Euro

mit kompetenter Planung und Durchführung



Gneisenaustraße 19 · 10961 Berlin Fon 69 40 13 06 · Fax 69 40 13 08 e-mail: info@nordlicht-kanu.de www.nordlicht-kanu.de

Ostern . Sommer . Herbst

SONDERREISEN in netter Geselfschaft: 🛭

Z.B. Ägypten • Australien • Baltikum • Burma • China/Yangtse-Kreuzt, • Equador/ Galapagos • Emirate • Griechenland • Indien • Iran • Italien • Korea • Kuba • Malla · Namibla · Peru · Portugal · Spanien · Súdafrika • Thailand • Tunesien • Vletnami

Kambodschø - Zypern u.a.

Studienreisen

12207 Berlin

Reisen in den

Schulferien

2002/2003

Tel. 771 30 10. Lothar Kögel Hartmaonstraße 30 Fax 771 30 133

Klassenfahrten

S-E-T bietet Ihnen:

sorgfältig geplante Fahrten top-zentrale Hotels, nette Gastfamilien

Aus unserem Programm:

London zentrale Hotels, Ü/F ab € 152,-London Gastfamilien, VP ab € 178.-Hastings Hotel am Meer. Ü/F ab € 161. Canterbury Gastfamilien, VP ab € 176.-Eastbourne Gastfamilien, VP ab € 178.-Worthing Gastfamilien, VP ab € 175,-Broadstairs Gastfamilien, VP ab € 173.-Southend Gastfamilien, VP ab € 178.-

7 Tage-Fahrten inkl.: 4 X Ü/F bzw. Ü/VP, Busfahrt, Fähre, Freikilometer vor Ort (Verlängerung/Verkürzung möglich!)

Weitere Ziele: Irland, Italien, Frankreich, Spanien

Fordern Sie unseren Prospekt an... 0421-30 88 20 S-E-T

S-E-T Studienreisen

straße 37 28195 Bren Tel. 04 21/30 88 20, Fax 30 88 233 http://www.s-e-t.de_eMail: info@s-e-t.de

Ferienhäuser · Ferienwohnungen · Hotels (030) 308 20 408 · Fax...410 · www.cultura.de Kaiserdamm 95 · 14057 Berlin

Unvergessliche Klassenreise auf Reiterhof i.d. Lüneburger Heide, auch andere Tiere vorhanden Fußball-Volleyballplatz, Tischtennis, Billard, Lager feuer, Nachtwanderung, Reithalle, Ausritte, Sauna Platz für 34 Schüler/innen 2. -10. Klasse. Individu elle Betreuung, Video anfordern, VP incl. 5 Reitstd. Mo.-Fr. 135.- Euro

Bienenbüttel Tel. 0 58 23/73 67 www.hoflust.de



Tagungshaus in Wendland

Mit kleiner Tierhaltung, beliebt bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, weil unkompliziert im Umgang, unbeliebt als Widerstands-treff gg. Atomanlagen, max. 44 Betten, 9 / Nacht, Selbst-, Teil-, Vollverpflegung, Exkursionen z.B. in Elbtalaue vermittelbar.

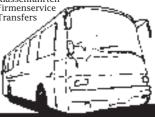
Meuchefitzer Gasthof, 29482 Meuchefitz 19 Tel. 0 58 41/59 77, Fax 0 58 41/69 76

E-Mail: gasthof@meuchefitz.de

CAUSTANICO SELIS

Busse für jede

Stadtrundfahrten Gelegenheit Gruppenreisen Klassenfahrten Firmenservice Transfers



Grenzenlos Reisen

Graefestraße 68, 10967 Berlin Fon: 0 30-6 91 30 31/32 Fax: 0 30-6 93 14 66

Haus Lankau

Schullandheim • Freizeitstätte • Tagungshaus für Schulkinder, Jugendliche und Erwachsene

Haus Lankau liegt in der Nähe von Mölln und Ratzeburg in traumhaft schöner Lage direkt am Elbe-Lübeck-Kanal. Restplätze auch im März und April. Wir bieten vier Ta-gesräume, Seminarausstattung, Kanus, u.v.m.

Info: Pro FUN, Handelsschule Kellinghusenstr. 11, 20249 Hamburg Tel: 040-42 89 85-233, Fax: 040-42 89 85-234

e-mail: profun@h13.hh.schule.de internet: www.hh.schule.de/h13/lankau.htm

Auf zum Werbellinsee!

Europäische Jugenderholungs- und Begegnungsstätte direkt am Werbellinsee - mitten im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin

Aktuelle Angebote für Klassen- und Gruppenfahrten



KENNENLERN-WOCHEN Erforsche Dich selbst und die anderen

(Sekundarstufe I, Sept. + Okt.)

BERUFSBEWERBER-TRAINING Fit für die Zukunft

(Klasse 9, Okt. - März)

GESUNDHEITS-WOCHE

Erlebnisprogramm mit Bewegung und Spaß, fit in die kalte Jahreszeit (Kitas, Klassen 1-4, Okt. + Nov., Jan. - März)

<u>ERLEBNISUNTERRICHT IM GRÜNEN</u>

(Sekundarstufe I+II, Okt., Nov. + März)

CITY-TOUR in die Bundeshauptstadt Berlin u.a. mit Reichstagsgebäude + Potsdamer Platz

Achtung! Schulfahrten ganzjährig möglich!

Infos unter: EJB Werbellinsee GmbH, Joachimsthaler Str. 20, 16247 Joachimsthal Tel.: 03 33 63-62 96/97, Fax: 62 71, Internet: http://www.ejb-werbellinsee.de, e-mail: contact@ejb-werbellinsee.de

febr./märz 2002 617 35

Info-Veranstaltung

BewerberInnen zum Referendariat 2002

Montag, 11. März um 16 Uhr

im GEW-Haus, Ahornstr. 5 in Schöneberg,

Aktuelle Einstellungssituation; Auswahlverfahren; Wie läuft das Referendariat ab?; Tipps rund ums Referendariat

Berliner Bildungspolitik auf dem Prüfstand

Wie passen die Ergebnisse von PISA und Forum Bildung mit der Koalitionsvereinbarung zusammen? Konkrete Forderungen für Berlin

Donnerstag, 21. März um 19 Uhr

GEW-Haus, Ahornstr. 5, 10787 Berlin-Schöneberg

Referenten: Klaus Klemm (GEW, Forum Bildung), Thomas Härtel (Senatsschulverwaltung), Moderation: Ulrich Thöne (GEW BERLIN)

Für neue LehrerInnen

Fit durch die Berufseinstiegsphase – erfolgreich den Stress meistern

Mittwoch, 20. März von 17 bis 20 Uhr

GEW-Haus, Ahornstr. 5,10787 Berlin

Kosten: für GEW-Mitglieder keine. Nichtmitglieder: 13 Euro.

Anmeldung bis 28. Februar 2002 an GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-0, Fax 21 99 93-50, mail: wissenschaft@aew-berlin.de

Die Fachgruppe Schulaufsicht und Schulverwaltung lädt ein:

PISA-Ergebnisse und Schulaufsicht

Freitag, 22. Februar um 16 Uhr im GEW-Haus

Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung

Chancengleichheit oder Umgang mit Gleichheit und Differenz. Empfehlungen der Bildungskommission.

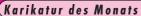
22. Februar von 14 bis 18 Uhr

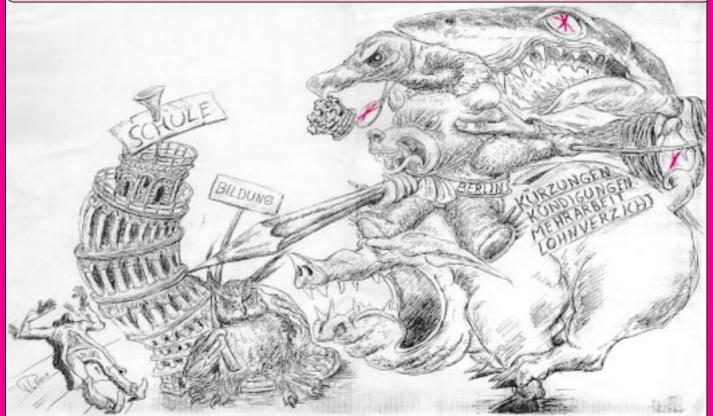
Ort: Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Aufgang 1
Es diskutieren Sybille Volkholz, Dieter Wunder, Klaus Böger, Gerd Harms, Steffen Reiche, Hermann Lange sowie VertreterInnen aus Bildungsministerien und bildungspolitische SprecherInnen.

GEW im Februar/März 2002

12.02	19.00 Uhr	Abteilung Berufsbildende Schulen, Raum 33
13.02.	10.00 Uhr	Landesseniorenausschuss, Raum 33
14.02.	17. 00 Uhr	AG Lehrerbildung, Raum 33
18.02.	17.00 Uhr	Fachgruppe sozialpäd. Aus-, Fort- und
		Weiterbildung, Raum 34
19.02	16.00 Uhr	Fachgruppe Grundschulen, Raum 33
20.02.	18.00 Uhr	AG Schwerbehinderte, Raum 34
21.02.	14.00 Uhr	AG Renten, Raum 34
	16.00 Uhr	AG gender mainstreaming, Raum 33
	18.00 Uhr	Junge GEW, Raum 34
22.02.	16.00 Uhr	Fachgruppe Schulaufsicht: Pisa-Ergebnisse, Raum 33
23.02.	15.00 Uhr	AG Volkshochschul-Dozenten, Raum 33
28.02.	16.00 Uhr	WIP-Rat, Raum 34
26.02.	17.00 Uhr	AG Jugendliteratur: Klassiker der Kinder- und
		Jugendliteratur. Ort: Fachschule für Sozialpädagogik
		(Bibliothek), Bismarckstr. 20 in Charlottenburg
28.02.	19.00 Uhr	Landesausschuss für Frauenpolitik: Wahlversammlung
		und Lesung der Jugendbuchautorin), Raum 31/32
04.03.	18.00 Uhr	Fachgruppe Sonderpädagogik: Mindeststandards
		für Integration und Wahl des neuen Vorstandes
05.03.		AG Arbeitssicherheit, Raum 33
	18.30 Uhr	AG Lehrerbildung, Raum 47
08.03.	18.00 Uhr	AG Lesben, Ort: Begine, Potsdamer Str. 139
		(Bitte anmelden: Tel. 44 09 493)
12.03.		Landesseniorenausschuss, Raum 34
15.03.		AG Volkshochschul-Dozenten, Raum 33
18.03	17.00 Uhr	Fachgruppe sozialpäd. Aus-, Fort- und Weiterbildung,
		Raum 34
19.03.		AG Lehrerbildung, Raum 32
21.03	14.00 Uhr	AG Renten, Raum 34
	17.00 Uhr	Junge GEW, Raum 33
	18.00 Uhr	Kita-AG, Raum 32

Ort und Termine der Wahlversammlungen stehen auf Seite 23!





Karrikatur: Thomas Pelte, Fritz-Karsen-Schule